

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/024(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 03.12.2020	Ratssaal	14:00Uhr	20:22Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der 23.(VII) Sitzung des Stadtrates am 05.11.2020 - öffentlicher Teil
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement
BE: Oberbürgermeister DS0526/20
- 5.2 Grundsatzbeschluss zum Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Rothensee
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung DS0495/20

5.3	Grundsatzbeschluss zum Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Südost BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0496/20
5.4	Genehmigung der Annahme einer Sponsoringleistung gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0573/20
5.5	Genehmigung der Annahme von Sponsoringleistungen gemäß § 99 Abs. VI KVG LSA BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0579/20
5.6	Genehmigung der Annahme einer Sponsoringleistung gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0607/20
5.7	Jahresabschluss 2019 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0487/20
5.8	Wirtschaftsplan 2021 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0541/20
5.9	Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz - Verlängerung um 2 Jahre BE: Bürgermeister	DS0440/20
5.10	Beteiligungsbericht 2020 BE: Bürgermeister	DS0554/20
5.11	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2020 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Bürgermeister	DS0540/20
5.12	Beschluss über den Jahresabschluss der Landeshauptstadt Magdeburg per 31.12.2019 BE: Bürgermeister	DS0479/20
5.13	Jahresabschluss der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zum 31.03.2020 BE: Bürgermeister	DS0529/20
5.14	Fortführung der Dachmarkenkampagne Ottostadt Magdeburg 2021 BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0560/20
5.15	Maßnahmenplan Handel in der Innenstadt und den Stadtteilzentren 2021 BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0576/20
5.15.1	Maßnahmenplan Handel in der Innenstadt und den Stadtteilzentren 2021 Ausschuss WTR	DS0576/20/1

5.15.2	Maßnahmenplan Handel in der Innenstadt und den Stadtteilzentren 2021 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	DS0576/20/2
5.16	Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Theater Magdeburg BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0532/20
5.17	Wirtschaftsplan 2021 Eigenbetrieb Theater Magdeburg BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0539/20
5.18	Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0433/20
5.18.1	Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann Der Oberbürgermeister	DS0433/20/1
5.19	Grundsatzbeschluss - Ersatzneubau Vereins- und Umkleidegebäude des Postsportverein Magdeburg von 1926 e.V., Spielhagenstraße 31, 39110 Magdeburg. BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0510/20
5.20	Grundsatzbeschluss - Ersatzneubau Vereins- und Umkleidegebäude des MSV Börde 1949 e.V. in der Harsdorfer Straße 47, 39110 Magdeburg BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0511/20
5.21	Grundsatzbeschluss - Ersatzneubau Vereins- und Umkleidegebäude sowie der Kegelanlage des MSV 90 e.V., Bodestraße 9 in 39118 Magdeburg. BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0513/20
5.22	Einführung des "Magdeburger Schülertickets" zum Schuljahr 2021/22 BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0366/20
5.22.1	Einführung des "Magdeburger Schülertickets" zum Schuljahr 2021/22 Ausschuss FG	DS0366/20/1
5.22.2	Einführung des "Magdeburger Schülertickets" zum Schuljahr 2021/22 Interfraktionell	DS0366/20/2
5.23	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport VV v. 05.11.2020	DS0411/20
5.23.1	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen Ausschuss BSS	DS0411/20/2

5.23.2	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen Oberbürgermeister	DS0411/20/3
5.23.2.1	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen Fraktion DIE LINKE	DS0411/20/3/1
5.23.3	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen Ausschuss FG	DS0411/20/4
5.23.4	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen Ausschuss FG	DS0411/20/5
5.23.4.1	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen Fraktion DIE LINKE	DS0411/20/5/1
5.23.5	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen Fraktion AfD	DS0411/20/6
5.23.6	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen CDU-Ratsfraktion (alt:: Fraktion CDU/FDP)	DS0411/20/7
5.23.7	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen Ausschuss BSS Ausschuss StBV	DS0411/20/8
5.23.8	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen CDU-Ratsfraktion	DS0411/20/9
5.23.9	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen CDU-Ratsfraktion	DS0411/20/10
5.24	1. Änderungssatzung zur Satzung zum Verfahren der Aufnahme in den 5. Schuljahrgang an weiterführende kommunale Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0568/20
5.25	Satzung über die Festlegung von Kapazitätsgrenzen zur Aufnahme in den 5. Schuljahrgang für das Schuljahr 2021/22 an weiterführende kommunale Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0569/20

5.26	Konzeptumsetzung für ein „begleitetes Wohnen unter Berücksichtigung des Housing-First-Ansatzes“ im Rahmen eines Pilotprojektes BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0378/20
5.26.1	Konzeptumsetzung für ein „begleitetes Wohnen unter Berücksichtigung des Housing-First-Ansatzes“ im Rahmen eines Pilotprojektes Fraktion DIE LINKE	DS0378/20/1
5.27	1. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Obdachlosenunterkünfte BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0445/20
5.28	Änderung Leistungsprofil Familienzentren BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0480/20
5.29	Anpassung Zeitplanung Aktions- bzw. Maßnahmenplan BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0614/20
5.30	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg 2021 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0466/20
5.30.1	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg 2021 Oberbürgermeister	DS0466/20/1
5.31	Rahmenplan Ökumenische Höfe BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0190/20
5.31.1	Rahmenplan Ökumenische Höfe Fraktion GRÜNE/future!	DS0190/20/1
5.32	Magdeburger Standard - Prioritätenliste - Herstellung barrierefreier Straßenbahnhaltestellen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0327/20
5.32.1	Magdeburger Standard - Prioritätenliste - Herstellung barrierefreier Straßenbahnhaltestellen Ausschuss FG	DS0327/20/1
5.32.1.1	Magdeburger Standard - Prioritätenliste - Herstellung barrierefreier Straßenbahnhaltestellen SPD-Stadtratsfraktion	DS0327/20/1/1
5.32.2	Magdeburger Standard – Prioritätenliste – Herstellung barrierefreier Straßenbahnhaltestellen CDU-Ratsfraktion	DS0327/20/2
5.32.3	Magdeburger Standard - Prioritätenliste - Herstellung barrierefreier Straßenbahnhaltestellen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	DS0327/20/3

5.33	Widmung einer öffentlichen Einrichtung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0522/20
5.34	Bauvorhaben "Ersatzneubau Strombrückenzug" (ENB SBZ) - Finanzierung der Baumaßnahme BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0549/20
5.35	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 178-4E "Hansastraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0493/20
5.36	Satzung des Bebauungsplans Nr. 178-4E "Hansastraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0494/20
5.37	Straßenbenennung "Gerhard-Gauger-Ring" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 05.11.2020	DS0275/20
5.37.1	Straßenbenennung "Gerhard-Gauger-Ring" SPD-Stadtratsfraktion WV v. 05.11.2020	DS0275/20/1
5.37.1. 1	Straßenbenennung „Gerhard-Gauger-Ring“ CDU-Ratsfraktion WV v. 05.11.2020	DS0275/20/1/1
5.38	Straßenbenennung "Constantin-Fahlberg-Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 12.10.2020	DS0381/20
5.38.1	Straßenbenennung "Constantin-Fahlberg-Straße" SPD-Stadtratsfraktion WV v. 12.10.2020	DS0381/20/1
5.39	Benennung "Feengrottenweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 05.11.2020	DS0486/20
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Grundschule für Ostelbien Fraktion CDU/FDP WV v. 05.11.2020	A0170/19
6.1.1	Grundschulen für Ostelbien Interfraktionell WV v. 05.11.2020	A0170/19/3
6.1.2	Grundschule für Ostelbien Interfraktionell WV v. 05.11.2020	A0170/19/3/1

6.1.3	Grundschule für Ostelbien Fraktion AfD WV v. 05.11.2020	A0170/19/4
6.1.4	Grundschule für Ostelbien SR Stage und SR Canehl, Fraktion Grüne/future! SR Moll, Fraktion Tierschutzpartei/BfM WV v. 05.11.2020	A0170/19/5
6.1.5	Grundschule für Ostelbien SPD-Stadtratsfraktion WV v. 05.11.2020	A0170/19/5/1
6.1.6	Grundschule für Ostelbien SR Köpp, Fraktion DIE LINKE WV v. 05.11.2020	A0170/19/7
6.1.7	Grundschule für Ostelbien Ausschuss BSS WV v. 05.11.2020	A0170/19/8
6.1.7.1	Grundschule für Ostelbien Fraktion AfD	A0170/19/8/1
6.1.8	Grundschule für Ostelbien	S0001/20
6.2	Denkmal- und Skulpturenkonzept Fraktion CDU/FDP WV v. 05.11.2020	A0194/19
6.2.1	Denkmal- und Skulpturenkonzept Fraktion CDU/FDP WV v. 05.11.2019	A0194/19/1
6.2.2	Denkmal- und Skulpturenkonzept Fraktion GRÜNE/future! WV v. 05.11.2020	A0194/19/2
6.2.3	Denkmal- und Skulpturenkonzept	S0404/19
6.3	Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS) Fraktion DIE LINKE WV v. 05.11.2020	A0230/19
6.3.1	Allparteiliches Konfliktmanagement in Südost (AKiS)	S0519/19
6.4	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg Fraktion DIE LINKE WV v. 05.11.2020	A0019/20

6.4.1	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg Stadträtin Schumann Stadtrat Hausmann WV v. 05.11.2020	A0019/20/1
6.4.1.1	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg BA SFM WV v. 05.11.2020	A0019/20/1/1
6.4.2	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg Ausschuss WTR WV v. 05.11.2020	A0019/20/2
6.4.2.1	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg BA SFM WV v. 05.11.2020	A0019/20/2/1
6.4.3	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg BA SFM WV v. 05.11.2020	A0019/20/3
6.4.4	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg Ausschuss UwE WV v. 05.11.2020	A0019/20/4
6.4.4.1	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg CDU-Ratsfraktion	A0019/20/4/1
6.4.5	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0019/20/5
6.4.6	Bundesgartenschau erneut in Magdeburg	S0130/20
6.5	Großes Fest für unsere Bürger*innen nach Corona Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 05.11.2020	A0120/20
6.5.1	Großes Fest für unsere Bürger*innen nach Corona	S0227/20
6.6	Benennung nach Heinrich Apel Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 05.11.2020	A0135/20
6.6.1	Benennung nach Heinrich Apel SR Müller, Fraktion DIE LINKE SR`n Schumann, Fraktion FDP/TSP	A0135/20/1
6.6.2	Benennung nach Heinrich Apel	S0272/20

6.7	Aufwertung Fläche / Straße "Am Teich" in Alt-Olvenstedt SPD-Stadtratsfraktion WV v. 05.11.2020	A0142/20
6.7.1	Aufwertung Fläche / Straße "Am Teich" in Alt-Olvenstedt BA SFM WV v. 05.11.2020	A0142/20/1
6.7.2	Aufwertung Fläche / Straße "Am Teich" in Alt-Olvenstedt	S0287/20
6.8	Fahrradschutzstreifen/PopUp-Radweg Südost SPD-Stadtratsfraktion WV v. 05.11.2020	A0144/20
6.8.1	Fahrradschutzstreifen/PopUp-Radweg Südost	S0277/20
6.9	Ampelanlage für den Kreuzungsbereich Alt Salbke/Unterhorstweg SPD-Stadtratsfraktion WV v. 05.11.2020	A0153/20
6.9.1	Ampelanlage für den Kreuzungsbereich Alt Salbke/Unterhorstweg	S0302/20
6.10	Schrotebrücken in Stadtfeld-Ost Interfraktionell WV v. 05.11.2020	A0157/20
6.10.1	Schrotebrücken in Stadtfeld-Ost Ausschuss StBV WV v. 05.11.2020	A0157/20/1
6.10.2	Schrotebrücken in Stadtfeld-Ost	S0275/20
6.11	Kurzfristige Maßnahme für Urbanität auf dem Domplatz Fraktion GRÜNE/future! WV v. 05.11.2020	A0162/20
6.11.1	Kurzfristige Maßnahme für Urbanität auf dem Domplatz Ausschuss StBV WV v. 05.11.2020	A0162/20/1
6.11.2	Kurzfristige Maßnahme für Urbanität auf dem Domplatz	S0312/20
6.12	Barrierefreien Zugang zur Herweghstraße schaffen AfD-Fraktion WV v. 18.11.2019	A0246/19
6.12.1	Barrierefreien Zugang zur Herweghstraße schaffen	S0111/20

6.13	Straßenbahn-Bevorrechtigung durchsetzen Interfraktionell WV v. 18.05.2020	A0064/20
6.13.1	Straßenbahn-Bevorrechtigung durchsetzen	S0316/20
6.14	Einführung einer parallelen Benennung des Abschnitt Holzweg - Sakura-Allee SPD-Stadtratsfraktion WV v. 18.05.2020	A0103/20
6.14.1	Einführung einer Parallelen Benennung des Abschnitt Holzweg - Sakura-Allee SPD-Stadtratsfraktion	A0103/20/1
6.14.2	Einführung einer parallelen Benennung Holzweg - Sakura- Allee Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0103/20/2
6.14.3	Einführung einer parallelen Benennung des Abschnitt Holzweg - Sakura-Allee	S0217/20
6.15	Änderung von Gebühren für Sondernutzungen Fraktion CDU/FDP WV v. 18.05.2020	A0114/20
6.15.1	Änderung von Gebühren für Sondernutzungen AfD-Fraktion WV. 18.05.2020	A0114/20/1
6.15.2	Änderung von Gebühren für Sondernutzungen Ausschuss StBV	A0114/20/4
6.15.2. 1	Änderung von Gebühren für Sondernutzungen Ausschuss FG	A0114/20/4/1
6.15.3	Änderung von Gebühren für Sondernutzungen	S0254/20
6.16	WLAN in Sporthallen Fraktion CDU/FDP WV v. 04.06.2020	A0128/20
6.16.1	WLAN in Sporthallen	S0310/20
6.17	Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Walbecker Platz interfraktionell WV v. 13.07.2020	A0139/20

6.17.1	Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Walbecker Platz	S0318/20
6.18	Verbesserung der Verkehrssituation an der Grundschule Diesdorf interfraktionell WV v. 13.07.2020	A0140/20
6.18.1	Verbesserung der Verkehrssituation an der Grundschule Diesdorf	S0304/20
6.19	Carsharing fördern - Verkehrsbelastungen reduzieren interfraktionell WV v. 13.07.2020	A0150/20
6.19.1	Carsharing fördern - Verkehrsbelastungen reduzieren Ausschuss StBV	A0150/20/1
6.19.2	Carsharing fördern - Verkehrsbelastungen reduzieren	S0307/20
6.20	Stadtbild verbessern - Graffitis entfernen Fraktion AfD WV v. 13.07.2020	A0155/20
6.20.1	Stadtbild verbessern - Graffitis entfernen	S0274/20
6.21	Magdeburg fährt Lastenrad Fraktion DIE LINKE WV v. 13.07.2020	A0156/20
6.21.1	Magdeburg fährt Lastenrad Ausschuss FuG	A0156/20/1
6.21.2	Magdeburg fährt Lastenrad	S0262/20
6.22	Ehrengrab für Johannes Kollwitz und weitere Friedhofsangelegenheiten Fraktion CDU/FDP WV v. 13.07.2020	A0159/20
6.22.1	Ehrengrab für Johannes Kollwitz und weitere Friedhofsangelegenheiten	S0290/20
6.23	Rückführung der Gieseler-Halle in städtisches Eigentum Interfraktionell WV v. 09.07.2020	A0160/20
6.23.1	Rückführung der Gieseler-Halle in städtisches Eigentum	S0328/20

Neuanträge

6.24	Erneute Anfrage der Landeshauptstadt an das Finanzministerium Ausschuss BSS	A0235/20
6.25	Klinke-Radweg zwischen Leipziger Straße und Humboldtstraße SPD-Stadtratsfraktion	A0242/20
6.26	Neu- und Ersatzpflanzung von Bäumen/Nahversorger Alt Salbke CDU-Ratsfraktion	A0241/20
6.27	Neupflanzung/Halberstädter Chaussee CDU-Ratsfraktion	A0243/20
6.28	Streuobstwiese Niendorfer Grund (Ortsumgehung Ottersleben) CDU-Ratsfraktion	A0244/20
6.29	Elektronische Abstimmungen Vorsitzender des Stadtrates Stadtrat Hoffmann	A0249/20
6.30	Transparente Aufstellungen zum Haushaltsplan AfD-Fraktion	A0250/20
6.31	Prüfung der Problemlage im Moritzplatzquartier AfD-Fraktion	A0252/20
6.32	Tempo 30 für die Hertzstraße Fraktion DIE LINKE	A0246/20
6.33	Ehrentafel für die in Ausübung ihres Dienstes tödlich verunglückten Magdeburger Feuerwehrleute Fraktion DIE LINKE	A0247/20
6.34	Bildungs- und Teilhabepaket Fraktion DIE LINKE	A0248/20
6.35	100 Jahre Magdeburger Zoo- Zukunftskonzept 2050 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0254/20
6.36	Verbesserung der Beleuchtungssituation und der Nahmobilität an der Schrote/Börderadweg SR Hausmann SPD-Stadtratsfraktion SR`n Linke Fraktion GRÜNE/future!	A0253/20
6.37	Installation eines Stromanschlussverteilers zur Unterstützung der kulturellen Veranstaltungen am Schellheimer Platz interfraktionell Fraktion FDP/Tierschutzpartei, Fraktion GRÜNE/future!, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE	A0245/20

6.38	Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und Einmündungen in Stadtfeld-Ost Fraktion GRÜNE/future!	A0238/20
6.39	Herausforderung Lieferverkehr Fraktion GRÜNE/future!	A0240/20
6.40	Praktische Hilfe für Geflüchtete in den Unterkünften auf griechischen Inseln interfraktionell Fraktion GRÜNE/future!, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE	A0237/20
6.41	Verbesserung der Luftqualität an Schulen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0255/20
6.42	Indirekte Förderung durch gesplittete Niederschlagswassergebühren bei Dachbegrünung Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0256/20
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.1	Begabtenförderung in Magdeburg SR Kumpf	F0271/20
8.2	Illegale Müllentsorgung in Magdeburg SR Kumpf	F0274/20
8.3	Inanspruchnahme Bundesförderung RLT-Anlagen in MVGM-Objekten SR Grube	F0275/20
8.4	Flächen für weitere Baumpflanzungen durch die Initiative „Otto Pflanzt“ in Rothensee SR`n Brandt	F0276/20
8.5	Übersicht von sanierten Schulen der letzten 20 Jahren SR Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion SR Jannack, Fraktion DIE LINKE	F0277/20
8.6	Verkehrssicherheit auf dem Uferweg entlang der Alten Elbe gewährleisten SR Köpp	F0278/20
8.7	Blockierte Hauszugänge und Ausfahrten in Prester SR Köpp	F0279/20
8.8	Fahrplan bei Tiermisshandlungen SR`n Tietge	F0280/20

8.9	Altlasten in der Aerosol-Arena SR Schumann	F0281/20
8.10	Sicherheit-Lärmschutzwand Magdeburger Ring SR Schumann	F0282/20
8.11	Politisch motiviertes Graffiti in der Seehäuser Straße SR Mertens	F0283/20
8.12	Kontaktlose Armaturen in der Gemeinschaftsschule „Ernst Wille“ SR Zander	F0284/20
8.13	Technische Ausstattung der Verwaltung im Zuge der CoVid-19 Pandemie SR`n Lösch	F0290/20
8.14	Kindeswohlgefährdungen im Jahr 2020 SR`n Lösch	F0291/20
8.15	Personelle Besetzung auf den Baustellen der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG SR`n Fassl	F0286/20
8.16	Nachfrage zu Ordnung und Sauberkeit in der Landeshauptstadt Magdeburg SR Guderjahn	F0287/20
8.17	Katzenfutterstellen in der Landeshauptstadt Magdeburg SR`n Fassl	F0288/20
8.18	Nachfrage zum Bebauungsplan Nr. 303-1 "Am Schroteanger 72- 76/Steinbergstraße" SR Zander	F0289/20
8.19	Neues Blitzgerät SR Guderjahn	F0285/20
8.20	Ausschreibung von Fuß- und Radverkehrsplaner*innen SR Canehl	F0292/20
8.21	Aktuelle Fragen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie SR Jannack	F0293/20
8.22	Bezug von Sozialleistungen 2019 SR Hempel	F0294/20
8.23	Corona-Prämien für Pflegekräfte an kommunalen Pflegeeinrichtungen? SR Müller	F0295/20
8.24	Photovoltaik auf kommunalen Gebäudeflächen SR`n Linke	F0296/20

9	Eilentscheidung des Oberbürgermeisters	
9.1	Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gem. § 65 Abs. 4 KVG LSA	I0330/20
10	Informationsvorlagen	
10.1	Übersicht der Wettbewerbe mit Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg	I0350/20
10.2	Öffentliche Toilettenanlage im Bereich Alter Markt	I0273/20
10.3	Straßenreinigungsgebühren 2021 - 2022	I0310/20
10.4	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.09.2020	I0328/20
10.5	Magdeburger Schutzschirm für Wirtschaft, Handwerk und Ehrenamt	I0342/20
10.6	Spielplatz Haydnplatz	I0163/20
10.7	Namensgebung Hort Moldenstraße	I0348/20
10.8	Aufwertung Spielplatz Etgersleber Weg in Diesdorf-Süd	I0164/20
10.9	Parksituation Stadtfeld Ost - Kennzeichnung von Sperrflächen	I0305/20
10.10	Weniger Rasen, mehr Sicherheit - Verkehrsentschleunigung am Hassel durch Bremsschwellen	I0324/20
10.11	Machbarkeitsstudie Radschnellverbindungen in der Region Magdeburg	I0337/20
10.12	Radverkehrsanlage Große Diesdorfer Straße	I0344/20

Teil II - Fortsetzung und Haushaltsberatung 2021 am 07.12.2020 ab 16.00 Uhr - Inhalt bitte dort einsehen!

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann eröffnet die 024.(VII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträt*innen, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Medienvertreter*innen . Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll 56 Stadträtinnen/Stadträte

Oberbürgermeister 1

zu Beginn anwesend 44 “ “

maximal anwesend 54 “ “

entschuldigt 3 “ “

unentschuldigt -

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann teilt mit, dass Stadtrat Karsten Köpp nicht mehr der Fraktion DIE LINKE angehöre und seine Aufnahme bei der SPD-Stadtratsfraktion beantragt hat.

Des Weiteren informiert er, dass Stadtrat Oliver Köhn, CDU-Ratsfraktion, sein Stadtratsmandat zum 31.12.2020 aus beruflichen Gründen niederlegen wird.

Herr Hoffmann informiert, dass die Verteilung der 11 Ausschussvorsitze folgende Zugriffe ergaben:

Fraktion Grüne/future!	Ausschuss StBV (SR Stage unverändert) Ausschuss GeSo (SR Borowiak unverändert)
CDU-Ratsfraktion	Ausschuss FG (SR Stern unverändert) Vergabeausschuss (SR Rohne geändert)
SPD-Stadtratsfraktion	Ausschuss BSS (SR Hausmann unverändert) Ausschuss KRB (SR Lischka unverändert)
AfD Fraktion	Ausschuss WTR (SR Pasemann unverändert) Ausschuss FuG (SR Mertens geändert)
Fraktion DIE LINKE	Kulturausschuss (SR Müller unverändert)

Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Ausschuss **UwE** (SR Moll **geändert**)

Fraktion Gartenpartei/TSA

Rechnungsprüfungsausschuss (SR Guderjahn **geändert**)

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 623-024(VII)20

Anstelle von Stadtrat Dr. Zenker wird in den Ausschuss für Rechnungsprüfung Stadtrat Karsten Köpp benannt.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 624-024(VII)20

Mit Wirkung vom 30.11.2020 ist Stadtrat Karsten Köpp der SPD-Stadtratsfraktion beigetreten.

Der Stadtrat stellt zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 625-024(VII)20

In nachfolgenden Ausschüssen haben sich die Vorsitzenden wie folgt geändert:

Vergabeausschuss	-	Stadtrat Rohne, CDU-Ratsfraktion
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	-	Stadtrat Mertens, Fraktion AfD
Ausschuss für Umwelt und Energie	-	Stadtrat Moll, Fraktion FDP/TSP
Ausschuss für Rechnungsprüfung	-	Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Auf Antrag der Fraktion GRÜNE/future! stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 626-024(VII)20

Im Ergebnis des Losverfahrens vom 05.11.2020 sowie der Zugriffe auf die Ausschussvorsitze am 27.11.2020 ergeben sich nachfolgende Änderungen:

Abberufen werden:

Für den Gesundheit- und Sozialausschuss	-	Stadträtin Julia Bohlander
Für den Kommunal- und Rechtsausschuss	-	Stadtrat Stephan Bublitz
Für den Ausschuss Bildung, Schule und Sport	-	Stadträtin Julia Bohlander
Für den Kulturausschuss	-	Stadtrat Stephan Bublitz

Neu berufen werden:

In den Betriebsausschuss SAB	-	Stadträtin Julia Bohlander
In den Betriebsausschuss KKM	-	Stadtrat Stephan Bublitz
In den Betriebsausschuss Puppentheater	-	Stadträtin Julia Mayer-Buch

Ab sofort übernimmt:

Stadträtin Julia Bohlander den Ausschuss FuG anstelle von Stadträtin Julia Mayer-Buch
Stadtrat Stephan Bublitz den Ausschuss WTR anstelle von Stadtrat Matthias Borowiak
Stadträtin Madeleine Linke die Regionale Planungsgemeinschaft anstelle von Stadtrat Matthias Borowiak
(Stadtrat Matthias Borowiak wird stattdessen Stellvertreter von Stadträtin Madeleine Linke)

Auf Antrag der Fraktion FDP/TSP stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 627-024(VII)20

Stadtrat Stephan Papenbreer wird anstelle von Stadtrat Moll in den Ausschuss für Rechnungsprüfung entsandt.

Auf Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 628-024(VII)20

Im Ausschuss für Rechnungsprüfung wird Stadträtin Aila Fassl abberufen und Stadtrat Marcel Guderjahn neuberufen.

Im Betriebsausschuss SAB wird Stadtrat Marcel Guderjahn abberufen und Stadträtin Aila Fassl neuberufen.

Auf Antrag der CDU-Ratsfraktion stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 629-024(VII)20

Die CDU-Ratsfraktion benennt als sachkundige Einwohner für den Ausschuss für Rechnungsprüfung Herrn Roland Bahrs und für den Ausschuss Umwelt und Energie Herrn Hartmut Beyer.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zurückgezogene TOP

Die Drucksache DS0493/20 – TOP 5.35 und DS0494/20 – TOP 5.35 – wurden von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der Antrag A0170/19 – TOP 6.1 – wurde von der CDU-Ratsfraktion von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der Antrag A0120/20 – TOP 6.5 wurde von der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Hinweise:

Die Fraktion GRÜNE/future! beantragt die Vertagung der Drucksache DS0486/20 – TOP 5.39

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung der Niederschrift der 23.(VII) Sitzung des Stadtrates
am 05.11.2020 - öffentlicher Teil

**Änderungen zur Niederschrift der 023.(VII) Sitzung des Stadtrates am 05.11.2020 -
öffentlicher Teil**

Redaktionelle Änderung der Fraktion GRÜNE/future!

Auf der Seite 16 muss es unter der Beschluss-Nr. richtig lauten:

Die Fraktion CDU/**FDP** nennt sich mit sofortiger Wirkung.....

Auf der Seite 28 muss es im 4. Absatz von unten in der 3. Zeile richtig lauten:

.... Seine Fraktion auch den Änderungsantrag DS0199/20/2/1 der Fraktion GRÜNE/future! ...

Auf der Seite 41 muss es im 3. Absatz, letzter Satz von unten richtig heißen:

Abschließend signalisiert Stadtrat Canehl im Namen seiner Fraktion **der vorliegenden Drucksache nicht zuzustimmen**.

Die redaktionell geänderte Niederschrift der 023.(VII) Sitzung des Stadtrates am 05.11.2020 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

-
- 5.1. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement DS0526/20
BE: Oberbürgermeister
-

Der BA KGM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 630-024(VII)20

1. Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement wird den Anlagen entsprechend wie folgt festgesetzt und beschlossen:

- 1.1. Im Bereich des Erfolgsplanes 2021:

Erlöse/Erträge	37.708.957 EUR
Aufwendungen	37.708.957 EUR
Jahresergebnis	0 EUR

Die finanziellen Verpflichtungen 2021 der LH MD (einschließlich Rückstellungsfinanzierungen) stellen sich wie folgt dar:

Bezeichnung	Planansatz 2020
Hochbauunterhaltung einschl. Graffiti-entfernungen	4.502.800 €
Hochbauunterhaltung aus RSt. der LH MD	2.253.500 €
Hochbauunterhaltung Horträume	115.000 €
Unterhaltung Außenanlagen (Grün)	156.700 €
Leistungen SFM	55.900 €
Nutzungsentgelte	8.591.119 €
Vorauszahlungen für Betriebs- und Nebenkosten (konsol.)	12.088.950 €
Mieten/Pachten einschl. zugehöriger Betriebs- und Nebenkosten (konsol.)	6.216.764 €
Kostenerstattungen für Bauherrenfunktion, Leerstands- und Hausverwaltung, Überlassungsverhältnisse (konsol.)	2.946.116 €

1.2. Im Bereich des Vermögensplanes 2021 mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 67.500 €.

1.3. Mit einem Höchstbetrag des Liquiditätskredits von 7.000.000 €.

2. Die mittelfristigen Finanzplanungen 2022 bis 2024 werden zur Kenntnis genommen.

5.2. Grundsatzbeschluss zum Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Rothensee

DS0495/20

BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Zenker, SPD-Stadtratsfraktion, dankt in diesem Zusammenhang den Kameraden der Feuerwehr für ihr Engagement.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke schließt sich den Worten des Stadtrates Dr. Zenker an.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 631-024(VII)20

1. Der Stadtrat beschließt den Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Rothensee.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Standort für ein neues Feuerwehrhaus zu finden und Varianten für einen Neubau nach den Anforderungen des Amtes 37 zu erarbeiten. In der Haushaltsplanung 2021-2024 sind für das Haushaltsjahr 2024 investive Mittel i. H. v. 40.000,- Euro einzustellen.

5.3.	Grundsatzbeschluss zum Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Südost	DS0496/20
	BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 632-024(VII)20

1. Der Stadtrat beschließt den Neubau des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Südost.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Standort für ein neues Feuerwehrhaus zu finden und Varianten für einen Neubau nach den Anforderungen des Amtes 37 zu erarbeiten.
3. Die erwarteten Kosten i. H. v. ca. 2.200.000,- Euro werden in den Haushaltsjahren ab 2022 für die Realisierung der Baumaßnahme zur Verfügung gestellt. Die Jahresscheiben werden folgendermaßen im Haushalt bereitgestellt:
4. 2022 80.000,- Euro

- 5.4. Genehmigung der Annahme einer Sponsoringleistung gemäß § DS0573/20
99 Abs. 6 KVG LSA

BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine
Verwaltung

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 633-024(VII)20

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme einer Sponsoringleistung für die Städtische Volkshochschule Magdeburg in Höhe von 2.800,00 Euro zu.

- 5.5. Genehmigung der Annahme von Sponsoringleistungen gemäß § DS0579/20
99 Abs. VI KVG LSA

BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine
Verwaltung

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 634-024(VII)20

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme von vier Sponsoringleistungen und einer Kooperationsleistung für das Beethoven-Festjahr im Konservatorium mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 9.100,00 Euro zu.

- 5.6. Genehmigung der Annahme einer Sponsoringleistung gemäß § DS0607/20
99 Abs. 6 KVG LSA

BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine
Verwaltung

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 635-024(VII)20

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme einer Sponsoringleistung für den IQ Innovationspreis 2021 mit einem Wertvolumen in Höhe von 2.000,00 Euro zu.

5.7. Jahresabschluss 2019 des Städtischen
Abfallwirtschaftsbetriebes

DS0487/20

BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine
Verwaltung

Der BA SAB und der Ausschuss RP empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 636-024(VII)20

1. Der Jahresabschluss 2019 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes (SAB) auf den 31. Dezember 2019 wird wie folgt festgestellt:

1.1 Bilanzsumme von	41.393.996,22 EUR
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	20.392.430,87 EUR
- das Umlaufvermögen	20.957.843,26 EUR
- Rechnungsabgrenzungsposten	43.722,09 EUR
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	35.096.315,68 EUR
davon	
Stammkapital	5.112.918,00 EUR
Allgemeine Rücklage	30.647.870,75 EUR
Verlustvortrag	976.125,34 EUR
Jahresgewinn	311.652,27 EUR
- die Rückstellungen	2.805.092,96 EUR
- die Verbindlichkeiten	3.490.174,35 EUR
- Rechnungsabgrenzungsposten	2.413,23 EUR
1.2 Jahresgewinn	311.652,27 EUR
1.2.1 Summe der Erträge	36.341.735,23 EUR
1.2.2 Summe der Aufwendungen	36.030.082,96 EUR

2. Behandlung des Jahresergebnisses

Der Jahresgewinn von 311.652,27 EUR wird wie folgt behandelt:

a) zur Entnahme aus allgemeiner Rücklage	-185.919,29 EUR
b) zur Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers	432.186,69 EUR
c) auf neue Rechnung vorzutragen	65.384,87 EUR

3. Der Betriebsleiterin, Frau Doris König, wird gemäß § 19 (4) Eigenbetriebsgesetz LSA die Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2019 erteilt.

Beschluss-Nr. 637-024(VII)20

Die mittelfristige Finanzplanung 2020-2024 wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss-Nr. 638-024(VII)20

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister vorbehaltlich eines etwaigen Widerrufs, für sämtliche nach dem 01.01.2021 und vor dem 01.01.2023 ausgeführte Leistungen weiterhin den § 2 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anzuwenden.

5.10. Beteiligungsbericht 2020

DS0554/20

BE: Bürgermeister

Die Ausschüsse FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 639-024(VII)20

1. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2020 nach Erörterung gemäß § 130 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) zur Kenntnis.
2. Der Oberbürgermeister hat die Einwohner der Landeshauptstadt Magdeburg in geeigneter Form über den Beteiligungsbericht zu unterrichten (§ 130 Abs. 3 KVG LSA).
3. Der Beteiligungsbericht ist dem Landesverwaltungsamt unverzüglich vorzulegen.

5.11. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die
Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2020 der
WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige
GmbH

DS0540/20

BE: Bürgermeister

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 640-024(VII)20

Die Gesellschaftervertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen, die WTR Huskamp Bredel & Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2020 zu bestellen.

5.12. Beschluss über den Jahresabschluss der Landeshauptstadt
Magdeburg per 31.12.2019

DS0479/20

BE: Bürgermeister

Die Ausschüsse RP und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann stellt den Jahresabschluss der Landeshauptstadt Magdeburg vor und nennt prägnante Positionen des Ergebnishaushaltes, des Finanzhaushaltes und der Vermögensrechnung. Er bezeichnet das Ergebnis des Jahresabschlusses als positiv und dankt in diesem Zusammenhang den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzservice für die geleistete Arbeit und dem Stadtrat, der durch seine besonnenen Beschlüsse zum Erreichen der schwarzen Null beigetragen hat.

Mit Hinblick auf die Coronapandemie erklärt Herr Zimmermann, dass er mit Sorge auf das Jahr 2021 und fortfolgende blickt.

Im Weiteren geht er erläuternd auf den Investitionshaushalt ein und kündigt an, dass dieser in den kommenden Monaten mit dem Stadtrat spezifisch besprochen werden muss, um die Vorhaben realistischer zu veranschlagen.

Abschließend gibt Herr Zimmermann den Hinweis, dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes vorliegt und spricht auch diesem seinen Dank für die gute Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Finanzservice aus.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrates Stern informiert darüber, dass die Mitglieder des Ausschusses der Verwaltung für die Erarbeitung dieser Drucksache danken und den Stadtrat darum bittet, der Annahme zu folgen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bittet darum, bei der Neujustierung der Investitionsplanung darzustellen, welche Mittel nicht ausgegeben werden konnten, weil es keine Förderbescheide gab und Mittel die in der eigenen Ausgabekapazität nicht verausgabt werden konnten. Weiterhin bittet er darum, dass auch die heute noch zu beschließenden Investitionen mit bewertet werden.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 641-024(VII)20

- Der Stadtrat beschließt gemäß § 120 Abs. 1 Satz 4 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2019 mit einer Bilanzsumme von 2.019.902.331,48 EUR. Der Jahresüberschuss in Höhe von 7.229.013,57 EUR wird mit einem Betrag von 2.805.221,49 EUR in die ordentliche Rücklage, mit einem Betrag von 1.688.231,22 in eine investive Sonderrücklage und mit einem Betrag von 2.735.560,86 EUR in die außerordentliche Rücklage gemäß § 22 Satz 1 und 3 in Verbindung mit § 23 Abs. 1 und 4 KomHVO LSA passiviert.
- Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gemäß § 120 Abs. 1 Satz 5 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2019 (Jahresabschluss 2019) die Entlastung.

5.13. Jahresabschluss der Gesellschaft zur Durchführung der
Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zum 31.03.2020

DS0529/20

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 642-024(VII)20

1. Der Stadtrat nimmt den vom Wirtschaftsprüfer Herrn Dr. Klemm geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019/2020 der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zum Bilanzstichtag 31.03.2020 zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.03.2020 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 183.387,56 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 23.535,94 EUR festzustellen;
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 23.535,94 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 52.135,36 EUR zu verrechnen und den gesamten Gewinnvortrag in Höhe von 75.671,30 EUR auf neue Rechnung vorzutragen;
 - dem Geschäftsführer, Herrn Paul-Gerhard Stieger, für das Geschäftsjahr 2019/2020 Entlastung zu erteilen;
 - für das Geschäftsjahr 2020/2021 den Wirtschaftsprüfer Herrn Dr. Klemm zum Abschlussprüfer zu bestellen.

5.14. Fortführung der Dachmarkenkampagne Ottostadt Magdeburg 2021 DS0560/20

BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Die Ausschüsse FG und WTR empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 643-024(VII)20

1. Zur Fortführung der Ottostadtkampagne wird der Maßnahmenplan für das Jahr 2021 gemäß II. der Begründung mit einem Kostenaufwand von 167.000 € (brutto) bestätigt. Die geplanten Maßnahmen werden vom Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit sowie der MMKT GmbH umgesetzt. Das Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit entscheidet im Einzelnen über die beantragten Kleinprojekte aus dem dafür bestimmten Verfügungsfonds.
2. Zur Fortsetzung der Kampagne im Jahr 2022 wird dem Stadtrat zur Haushaltsberatung ein Maßnahmenplan 2022 vorgelegt werden.
3. Sollten ungeplante Veränderungen an der geplanten Mittelverwendung erforderlich sein, wird das Wirtschaftsdezernat diese dem Ausschuss WTR zur vorherigen Kenntnis und Zustimmung zuleiten.

5.15. Maßnahmenplan Handel in der Innenstadt und den Stadtteilzentren 2021 DS0576/20

BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und übergibt die Sitzungsleitung an den 1. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Prof. Dr. Pott.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss WTR empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0576/20/1.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger bringt die Drucksache DS0576/20 ein. Sie merkt dabei an, dass der Maßnahmenplan für das kommende Jahr von den Plänen der vergangenen Jahre abweicht und geht erläuternd auf die einzelnen Beschlusspunkte ein.

Eingehend auf den vorliegenden Änderungsantrag des Ausschusses WTR teilt Frau Stieger mit, dass die studentischen Projekte „Schauwerk“ und „in:tak“t eine Kostennote von insgesamt 28.000 Euro für das kommende Jahr haben. Seitens des Wirtschaftsdezernates wurden beide Projekte evaluiert und im Ergebnis festgestellt, dass sie nicht zur Wirtschaftsförderung gehören. Sie bittet eindringlich darum, diese Projekte nicht zu Lasten ihres Budgets zu beschließen. Frau Stieger unterbreitet den Kompromissvorschlag, bei einer Annahme des Änderungsantrages DS0576/20/1 die beantragten 28.000 Euro aus dem Budget der Maßnahmen gegen die Abwanderung junger Menschen (Drucksache DS0085/13) als Deckungsquelle zu nehmen. Sie legt dar, dass jährlich 38.000 Euro an einen externen Partner verausgabt werden und sie das Budget um die beantragten 28.000 Euro kürzen könnte. Sie erklärt, dass sie den Vertrag mit dem externen Partner kündigen und für die verbleibenden 10.000 Euro eigene Maßnahmen im Dezernat gegen die Abwanderung junger Menschen umsetzen würde.

Stadtrat Belas, Mitglied im Ausschuss WTR, bringt den Änderungsantrag DS0576/20/1 ein.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen zur Drucksache Stellung.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke zeigt sich überrascht von der Argumentation der Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger und erklärt, dass seine Fraktion den Projekten skeptisch gegenüberstehe. Er macht deutlich, dass ihnen die Evaluation und die Vorstellung der Außenwirkung sowie die Effekte für die Innenstadt fehlen.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke kann die Eile nicht nachvollziehen und merkt an, dass ihre Fraktion gespannt auf die erhebliche Aufwertung des Wochenmarktes und die Vorlage des Strategiepapieres sei. Sie geht im Weiteren kritisch auf die Summe für das Offline Shopping Festival ein und erklärt, dass sie sich eine andere Prioritätensetzung gewünscht hätte. Stadträtin Linke bedauert, dass die beiden studentischen Projekte „Schauwerk“ und „in:tak“t in der vorliegenden Drucksache nicht berücksichtigt wurden und geht in diesem Zusammenhang auf die Raumsituation für studentische Projekte in der Stadt ein. Abschließend plädiert sie dafür, eine Zusammenarbeit des Baudezernates, Kulturdezernates und Wirtschaftsdezernates mit der Hochschule anzustreben, um die Stadtentwicklung voranzubringen.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, erklärt, dass seine Fraktion dem Punkt 1.d – Hasselbachplatzmanagement – und der Fortführung des Projektes „in:tak“t nicht zustimmen werden.

Stadtrat Liebau, Fraktion GRÜNE/future! geht erläuternd auf die Arbeit der studentischen Projekte „Schauwerk“ und „in:tak“t ein und bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0576/20/1.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, lobt die Arbeit der beiden Projekte und unterstützt den Änderungsantrag DS0576/20/1.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/TSP Stadträtin Dr. Hüskens signalisiert die Stimmenthaltung zum Änderungsantrag DS0576/20/1 und die Zustimmung zur Drucksache DS0576/20.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Änderungsantrages aus und erklärt, dass ihnen die Einschätzung zur Wirksamkeit der beiden Projekte fehle.

Im Rahmen der weiteren Diskussion hält Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, es für wichtig, was evaluiert wird und wünscht sich ein Entgegenkommen der Projektgruppen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, betont, dass Weltoffenheit ein Wirtschaftsfaktor ist und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zur vorliegenden Drucksache.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bringt den Änderungsantrag DS0576/20/2 ein.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0576/20/1 des Ausschusses WTR mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Die aufgeführten Maßnahmen werden um den Punkt „f.“ ergänzt.

Fortführung von „in:ta“t und „Schauwerk“ mit 28.000 Euro für das Jahr 2021.

Zudem sollen Gespräche mit allen Beteiligten über eine Folgefinanzierung über das Jahr 2021 und Umstrukturierungen der Projekte geführt werden.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0576/20/2 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz –

Der Beschlussvorschlag Punkt 1 wird wie folgt geändert (Streichungen und Änderungen, **fett/kursiv**):

1. Folgende erste Einzelmaßnahmen als Teil des Maßnahmenplanes Handel in der Innenstadt und den Stadtteilzentren für das Jahr 2021 werden beschlossen:

~~b. Offline Shopping Festival 50.000,00 Euro~~

c. Erhebliche Aufwertung des Wochenmarktes 40.000,00 **90.000,00** Euro

wird vom Stadtrat **abgelehnt**.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung zur Drucksache.

Gemäß Punkt 1a **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

1. Folgende erste Einzelmaßnahmen als Teil des Maßnahmenplanes Handel in der Innenstadt und den Stadtteilzentren für das Jahr 2021 werden beschlossen:

a. Allgemeine Maßnahmen zur zusätzlichen Kundengewinnung

GSM „Halber.biz“: 5.000,00 Euro

GSM „Neustadt Aktiv Büro“: 5.000,00 Euro

GSM „Stadtfeld“:	5.000,00 Euro
Buckau e.V.:	5.000,00 Euro
IG Innenstadt:	5.000,00 Euro

Durch die Ablehnung zum Änderungsantrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz bleibt der Punkt 1b unverändert.

Gemäß Punkt 1b **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

b. Offline Shopping Festival	50.000,00 Euro
-------------------------------------	----------------

Gemäß Punkt 1c **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

c. Erhebliche Aufwertung des Wochenmarktes	40.000,00 Euro
---	----------------

Gemäß Punkt 1d **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

d. Hasselbachplatzmanagement	55.000,00 Euro
-------------------------------------	----------------

Gemäß Punkt 1e **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

e. Gesamtstädtische Kampagne #herzlich #nah #magdeburg	60.000,00 Euro
---	----------------

230.000,00 Euro

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages DS0576/20/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 644-024(VII)20

2. Folgende erste Einzelmaßnahmen als Teil des Maßnahmenplanes Handel in der Innenstadt und den Stadtteilzentren für das Jahr 2021 werden beschlossen:

f. Allgemeine Maßnahmen zur zusätzlichen Kundengewinnung

GSM „Halber.biz“:	5.000,00 Euro
GSM „Neustadt Aktiv Büro“:	5.000,00 Euro
GSM „Stadtfeld“:	5.000,00 Euro
Buckau e.V.:	5.000,00 Euro
IG Innenstadt:	5.000,00 Euro

g. Offline Shopping Festival	50.000,00 Euro
-------------------------------------	----------------

- | | |
|---|----------------|
| h. Erhebliche Aufwertung des Wochenmarktes | 40.000,00 Euro |
| i. Hasselbachplatzmanagement | 55.000,00 Euro |
| j. Gesamtstädtische Kampagne #herzlich #nah #magdeburg | 60.000,00 Euro |
| k. Fortführung von „in:tak“t und „Schauwerk“ mit 28.000 Euro für das Jahr 2021. | 28.000,00 Euro |

Zudem sollen Gespräche mit allen Beteiligten über eine Folgefinanzierung über das Jahr 2021 und Umstrukturierungen der Projekte geführt werden.

258.000,00 Euro

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Strategiepapier zur Belegung der Magdeburger Innenstadt zu erarbeiten und im ersten Quartal 2021 vorzulegen.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann übernimmt die Sitzungsleitung.

5.16. Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Theater Magdeburg DS0532/20
BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport

Der Theaterrausschuss und der Ausschuss RP empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 645-024(VII)20

Der Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Theater Magdeburg auf den 31.12.2019 wird festgestellt:

- | | |
|--|----------------|
| 1. Feststellung des Jahresabschlusses | |
| 1.1. Bilanzsumme | 4.712.111,74 € |
| 1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf | |
| - das Anlagevermögen | 3.285.530,20 € |
| - das Umlaufvermögen | 1.347.349,75 € |
| 1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf | |
| - das Eigenkapital | 2.249.081,23 € |

- den Sonderposten	175.377,14 €
- die Rückstellungen	617.700,00 €
- die Verbindlichkeiten	586.788,98 €
1.2. Jahresgewinn	1.791,69 €
1.2.1. Summe der Erträge	33.057.598,96 €
1.2.2. Summe der Aufwendungen	33.055.807,27 €

2. Behandlung des Jahresgewinns

- Zur Tilgung des Verlustvortrages 1.791,69 €

3. Der überzahlte Betrag des Abschreibungszuschusses in Höhe von 40.949,29 € ist vom Eigenbetrieb Theater Magdeburg an die Landeshauptstadt zurückzuzahlen.

4. Der Theaterbetriebsleiterin Frau Karen Stone wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.

5.17. Wirtschaftsplan 2021 Eigenbetrieb Theater Magdeburg DS0539/20
 BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport

Der Theaterrausschuss empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 646-024(VII)20

1. Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Theater Magdeburg wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1. Im Bereich des Erfolgsplanes Erträge in Höhe von 33.515.000 EUR und Aufwendungen in Höhe von 33.515.000 EUR,
 - 1.2. im Bereich des Vermögensplans mit einem Einnahmenvolumen in Höhe von 800.000 EUR und einem Ausgabenvolumen von 800.000 EUR
 - 1.3. mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 6.693.900 EUR.
2. Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 18.506.100 EUR zur Deckung der laufenden Geschäftstätigkeit.
3. Der Finanzplan des Eigenbetriebes Theater Magdeburg wird zur Kenntnis genommen.

- 5.18. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann DS0433/20
 BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport
-

Der BA Konservatorium empfiehlt die Beschlussfassung.

Es liegt der Änderungsantragsantrag DS0433/20/1 des Oberbürgermeisters vor.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Punkt 1 des Beschlussvorschlages wird wie folgt geändert:

alt – letzter Satz:

„Mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 983.490 EUR.“

neu – letzter Satz:

„**Mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 982.000 EUR.**“

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages einstimmig:

Beschluss-Nr. 647-024(VII)20

1. Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Konservatorium wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:

im Bereich des Erfolgsplanes mit Aufwendungen und Erträgen
in Höhe von 4.917.450,00 EUR

im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und
Ausgabevolumen in Höhe von 61.350,00 EUR

Mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 982.000,00 EUR.

2. Finanzielle Verpflichtungen der Landeshauptstadt Magdeburg:

Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb Konservatorium 2021 einen Zuschuss zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.093.000,00 EUR.

Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb Konservatorium 2021 einen weiteren Zuschuss zur Deckung folgender Aufwendungen:

- Leistungsverrechnung an die städtischen Ämter, Fachbereiche und arbeitsmedizinische Betreuung in Höhe der jeweils entstehenden Aufwendungen

- Beiträge zur Berufsgenossenschaft in Höhe der jeweils entstehenden Aufwendungen
- Abschreibungen auf das betriebsnotwendige Anlagevermögen

Im Jahr 2021 beträgt dieser Zuschuss 142.350,00 EUR.

3. Der Finanzplan 2022 bis 2024 wird zur Kenntnis genommen.

5.19.	Grundsatzbeschluss - Ersatzneubau Vereins- und Umkleidegebäude des Postsportverein Magdeburg von 1926 e.V., Spielhagenstraße 31, 39110 Magdeburg.	DS0510/20
	BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	

Die Ausschüsse BSS, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 648-024(VII)20

1. Der Stadtrat beschließt den Ersatzneubau des Vereins- und Umkleidegebäudes des Postsportvereins Magdeburg von 1926 e.V. Vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln soll die Maßnahme in den Jahren 2022 bis 2024 umgesetzt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegende Projektskizze weiter zu führen und dem Stadtrat eine EW Bau zur Entscheidung vorzulegen.
3. Auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptvorschlages der „sußmann + sußmann, Architekten und Ingenieure mit einem Gesamtwertumfang laut Grobkostenschätzung von insgesamt

1.947.600,- brutto Euro

wird die Verwaltung beauftragt, sich um Fördermittel im Programm „Bund-Länder-Investitionspakt Förderung von Sportstätten 2020“ mit einem Förderanteil von 90 % zu bewerben.

4. Die finanziellen Mittel in Höhe von 1.947.600,- Euro, davon 90 % Fördermittel (1.752.840,- Euro) und 10 % Eigenmittel (194.760,- Euro) sind in den Haushalt 2022 ff. einzustellen.

- 5.20. Grundsatzbeschluss - Ersatzneubau Vereins- und Umkleidegebäude des MSV Börde 1949 e.V. in der Harsdorfer Straße 47, 39110 Magdeburg DS0511/20

BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport

Die Ausschüsse BSS, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 649-024(VII)20

1. Der Stadtrat beschließt den Ersatzneubau Vereins- und Umkleidegebäude des MSV Börde 1949 e.V. in der Harsdorfer Straße. Vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln soll die Maßnahme in den Jahren 2022 bis 2024 umgesetzt werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegende Projektskizze weiter zu führen und dem Stadtrat eine EW Bau zur Entscheidung vorzulegen.
3. Auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptvorschlages des Architektur-u. Sachverständigenbüro Döll, Am Kirschberg 12, 39122 MD OT Sohlen mit einem Gesamtwertumfang laut weitergeführter Grobkostenschätzung von insgesamt

1.950.000,- brutto Euro

wird die Verwaltung beauftragt, sich um Fördermittel im Programm „Bund-Länder-Investitionspakt Förderung von Sportstätten 2020“ mit einem Förderanteil von 90 % zu bewerben.

- 4 Die finanziellen Mittel in Höhe von 1.950.000,- Euro, davon 90 % Fördermittel (1.755.000,- Euro) und 10 % Eigenmittel (195.000,- Euro) sind in den Haushalt 2022 ff. einzustellen.

- 5.21. Grundsatzbeschluss - Ersatzneubau Vereins- und Umkleidegebäude sowie der Kegelanlage des MSV 90 e.V., Bodestraße 9 in 39118 Magdeburg. DS0513/20

BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport

Die Ausschüsse BSS, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 650-024(VII)20

1. Der Stadtrat beschließt den Ersatzneubau des Vereins- und Umkleidegebäudes sowie der Kegelanlage mit Aufenthaltsbereich des MSV 90 e.V. Vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln soll die Maßnahme in den Jahren 2022 bis 2024 umgesetzt werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegende Projektskizze weiter zu führen und dem Stadtrat eine EW Bau zur Entscheidung vorzulegen.
3. Auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptvorschlages der a.m.s. architekturbüro michael steller, Planckstraße 8, 39104 Magdeburg mit einem Gesamtwertumfang laut Grobkostenschätzung von insgesamt

6.520.000,- brutto Euro

wird die Verwaltung beauftragt, sich um Fördermittel im Programm „Bund-Länder-Investitionspakt Förderung von Sportstätten 2020“ mit einem Förderanteil von 90 % zu bewerben.

4. Die finanziellen Mittel in Höhe von 6.520.000,- Euro, davon 90 % Fördermittel (5.868.000,- Euro) und 10 % Eigenmittel (652.000,- Euro) sind in den Haushalt 2022 ff. einzustellen.

- 5.22. Einführung des "Magdeburger Schülertickets" zum Schuljahr
2021/22
Vorlage: DS0366/20

Die Ausschüsse Juhi und BSS empfehlen die Beschlussfassung der Punkte 1 und 9 nicht. Zu den Punkten 2 bis 8 empfehlen sie die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0366/20/1.

Zu Beginn seiner Ausführungen teilt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper mit, dass er in Abstimmung mit der Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz die Drucksache einbringen wird, da diese eine ganze Reihe von Informationen enthalte, welche einen Zeitrahmen betreffen, die vor dem Dienstantritt von Frau Stieler-Hinz als Beigeordnete lag. Er merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Drucksache nicht im ersten Halbjahr, sondern innerhalb von 2 Monaten nach Dienstantritt von Frau Stieler-Hinz erarbeitet wurde.

Er bringt im Anschluss die Drucksache detailliert ein und stellt klar, dass der Beschluss des Stadtrates vom 17.10. 2019 ohne Wenn und Aber von der Verwaltung umgesetzt wird und die vorliegende Drucksache die Grundlage dafür bildet. Er verweist auf eine Reihe von Gesprächen, um das vom Stadtrat beschlossene Konstrukt wirksam vorlegen zu können, mit der klaren Botschaft, welche Konsequenzen sich ergeben und welche Kosten durch die Einführung eines kostenfreien „Magdeburger Schülerticket“ entstehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt weiter aus, dass die Drucksache, die ihm am 01.09.2020 vorgelegt wurde, eine ganze Reihe anderer Intentionen enthielt, als die, die jetzt in der Drucksache stehen und geht erläuternd darauf ein. Er erklärt, dass in Absprache mit der Geschäftsführerin der MVB mbH Frau Münster-Rendel das nun vorliegende einfache Verfahren der Antragsstellung bei der MVB und Erstattung der Kosten ohne Rabatt durch die Stadt an die MVB abgestimmt wurde. Er geht erläuternd auf die Berechnung des Ticketpreises und der sich

daraus ergebenden Summe für die zu bereitstellenden Mittel – Punkt 9 des Beschlussvorschlages – ein.

Mit Hinweis auf das inzwischen eingeführte Azubi-Ticket durch das Land erklärt Herr Dr. Trümper, dass aus diesem Grund die Azubis nicht mehr mit berücksichtigt wurden und es keinen Grund gäbe, doppelt zu finanzieren und zu fördern.

Im Rahmen seiner weiteren Ausführungen verweist Herr Dr. Trümper auf die jahrelangen Verhandlungen mit den umliegenden Kreisen, der Deutschen Bahn und der NASA zur Einführung eines MAREGO-Tarifes und erläutert die Bedeutung des Tarifes. Insbesondere verweist er auf den Sinn des Tarifes, Bürger finanziell zu entlasten und einen Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV zu schaffen. Er geht auf das Finanzierungsverfahren des Tickets ein und legt dar, dass das Auslaufen einer Förderung durch das Land vertraglich festgelegt wurde. Er merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Berechnung eines von allen marego-Verbundpartnern akzeptierten Aufteilungsschlüssels noch nicht vorliegt und die Verhandlungen laufen.

Herr Dr. Trümper verdeutlicht, dass auf Grund der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen in der Drucksache die Summe veranschlagt wurde, die maximal, wenn kein Rabatt gewährt wird, entstehen könnte. Dies erfolge aus haushaltsrechtlichen Gründen als Vorsichtsmaßnahme, für den Fall, dass keine Vereinbarung mit den anderen Partnern zustande kommt.

Herr Dr. Trümper weist in diesem Zusammenhang die in einer Pressemitteilung der SPD-Stadtratsfraktion gemachten Aussage zurück, die Stadt wolle den hart umkämpften Antrag zunichte machen. Er macht deutlich, dass es Ziel sei, sauber darzustellen, welche Kosten entstehen könnten, falls die Vertragsverhandlungen nicht zum Erfolg führen sollten.

Mit Hinweis auf die kommende Haushaltsberatung merkt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, dass der Beschluss zur vorliegenden Drucksache automatisch im Haushalt berücksichtigt wird. Mit Verweis auf das im Haushaltsplanentwurf enthaltene Defizit in Höhe von 30 Mio Euro begründet er die in der Drucksache gewählte Formulierung „es muss gesichert sein“. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine Presseanfrage und seine Aussage, dass erst nach Ausgleich des Haushaltsdefizits in Höhe von 30 Mio Euro, sich die Stadt neue freiwillige Aufgaben leisten könne, da die Umsetzung sonst haushaltsrechtlich schwierig werden würde.

Herr Dr. Trümper gibt zu bedenken, dass ein Beschluss auch dazu führen kann, dass der Haushalt nicht genehmigt wird.

Abschließend betont der Oberbürgermeister, dass es Pflicht der Verwaltung ist darzustellen, welche Konsequenzen sich mit der Beschlussfassung zur Drucksache ergeben könnten und weist zurück, dass er bestimmte Beschlüsse nicht umsetze.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Drucksache Stellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern informiert über die Diskussion im Ausschuss und bringt den Änderungsantrag DS0366/20/1 ein. In seiner Eigenschaft als Mitglied der CDU-Ratsfraktion bezeichnet er im Namen seiner Fraktion die Drucksache als seriös. Er geht im Weiteren auf die Frage der Finanzierbarkeit ein und signalisiert in Anbetracht der Haushaltssituation die Ablehnung zum Änderungsantrag DS0366/20/1 des Ausschusses FG.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den interfraktionellen Änderungsantrag DS0366/20/2 ein und geht zum Vergleich auf die Situation in Rostock ein. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander verweist auf die Beschlusslage des Stadtrates am 17.10.2019 und fragt nach, was bisher seitens der Stadt getan wurde. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag DS0366/20/1 des Ausschusses FG und die Ablehnung zum interfraktionellen Änderungsantrag DS0366/20/2.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/TSP Stadträtin Dr. Hüskens erläutert die Intention des Änderungsantrages DS0366/20/2.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, verweist auf eine Vielzahl von Anfragen und Anträgen seiner Fraktion zu möglichen Einsparungen und bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0366/20/1.

Stadtrat Stage, Mitglied im Ausschuss FG, macht ergänzende Ausführungen zur Zielstellung des Änderungsantrages DS0366/20/1. Bezüglich des Punktes 9 des interfraktionellen Änderungsantrages DS0366/20/2 merkt er an, dass das Schuljahr nicht immer am 01.09. beginnt und bittet darum, nach einer anderen Formulierung zu suchen.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke übt grundsätzliche Kritik an der vorliegenden Drucksache und an der Nichtumsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 17.10.2019. Sie erläutert im Weiteren die Zielstellung des interfraktionellen Änderungsantrages.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt, dass er sich eine frühere Beschlussfassung gewünscht hätte. Er bringt den Änderungsantrag – Streichung des Datums im Punkt 9 des interfraktionellen Änderungsantrages – ein.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, macht deutlich, dass es sich beim vorliegenden Änderungsantrag DS0366/20/2 um einen Kompromissvorschlag handelt. Er geht im Weiteren kritisch auf die Frage der Finanzierung ein.

Klarstellend äußert der Oberbürgermeister, dass die Erarbeitung der Drucksache erst jetzt erfolgte, weil es einen Wechsel in der Beigeordnetenposition gab. Seine Aussage war, dass nach diesem Wechsel innerhalb von zwei Monaten die Erarbeitung erfolgt ist. Mit dem Hinweis auf die Corona-Pandemie erinnert er daran, dass aus diesem Grund in den ersten Monaten des Jahres wenige Gespräche erfolgten, wie auch die Sitzungen des Stadtrates im März und April gar nicht bzw. im Umlaufverfahren stattfanden. Intensive Abstimmungsgespräche erfolgten dann wieder ab dem Sommer. Er kritisiert, dass dieser Umstand seitens des Stadtrates ausgeblendet werde.

Mit ins Kalkül des Stadtrates müsse einbezogen werden, legt der Oberbürgermeister dar, dass es aktuell eine Überlagerung der Debatte um die Rabattierung des Schülertickets und die Neuaufteilung des Einnahmevertrages in marego gibt. Aus diesem Grund sei es schwierig, die Verhandlungsposition der Stadt durchzusetzen. Er richtet die Bitte an die Stadträt*innen, die Mitglied im Aufsichtsrat der MVB sind, sich seitens der MVB den Hintergrund erklären zu lassen. Er legt seine Auffassung dar, dass diese Thematik mit allen Partnern verhandelt werden muss. Mit dem Hinweis darauf, dass jede Preisänderung einer 90 %igen Zustimmung bedarf, merkt er an, dass die MVB nicht allein Preise ändern kann.

Im Weiteren geht Herr Dr. Trümper auf das von Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, benannte Beispiel der Stadt Rostock ein und führt anhand des Vergleichs der Kosten eines Tickets, unter Beachtung eines bestimmten Rabattes, und der geringeren Anzahl an Schüler in Rostock an, dass bei einer Aufsummierung in Magdeburg mehr als 8 Mio Euro im Gegensatz zu 5 Mio Euro in Rostock erbracht werden müssen. Er kritisiert, dass seitens des Stadtrates die unterschiedlichen Ticketpreise (29 Euro Rostock, 40 Euro Magdeburg) ignoriert und als vergleichbar gehalten werden.

Er merkt an, dass sowohl im Fachbereich Schule und Sport, nach entsprechenden Informationen aus Rostock, als auch in der MVB entsprechende Berechnungen angestellt wurden. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Zahlen in Magdeburg nicht mit denen in Rostock vergleichbar sind, weder von der Schülerzahl noch von der Kostensituation her. Insbesondere merkt er an, dass die von der Verwaltung dargestellten Zahlen real sind.

Mit Verweis auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit den marego-Partnern macht er darauf aufmerksam, dass die Partner Deutsche Bahn und die NASA GmbH überzeugt werden müssen, da auch viele Schüler die S-Bahn benutzen. Somit besteht bei der Bahn, wie auch bei der MVB, ein essentielles Interesse, den damit verbundenen Einnahmeausfall finanziert zu bekommen. Herr Dr. Trümper merkt an, dass dieser Fakt bei der Entscheidungsfindung des Stadtrates mit einkalkuliert werden müsse. Er versichert, dass der getroffene Beschluss umgesetzt wird.

Eingehend auf eine Aussage des Vorsitzenden der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander, verweist er darauf, dass es keinen Beschluss des Stadtrates gab, den die Verwaltung nicht umgesetzt habe, auch wenn die Umsetzung in manchen Fällen einen längeren Zeitraum beansprucht hat, als sich das vorgestellt wurde. Er äußert die Aufforderung, ein Beispiel dafür zu benennen, dass ein Beschluss des Stadtrates absichtlich nicht erfüllt wurde. An den Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE/future! Stadtrat Meister gewandt äußert er zu bestreiten, dass durch die Verwaltung ein Stadtratsbeschluss ignoriert und nicht umgesetzt wurde.

Abschließend bezeichnet die von der Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz und der Fachbereichsleiterin Schule und Sport Frau Richter geleistete Arbeit als hervorragend, welche auch in einem enormen Tempo umgesetzt wurde. Dies sollte seitens des Stadtrates zur Kenntnis genommen und auch dabei bedacht werden, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die Arbeit der Verwaltung und des Stadtrates in den vergangenen Monaten hatte.

Die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz bestätigt die Ausführungen des Oberbürgermeisters und bezeichnet die Berechnung mit dem Maximalvolumen als sehr solide. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf das Landesschulgesetz und merkt an, dass man die Vorgaben bei der Verteilung des Schülertickets beachten müsse. Sie verweist insbesondere darauf, dass trotz vielfältiger zusätzlicher Aufgaben aufgrund der Corona-Pandemie, Einführung der Digitalisierung an Schulen und Baumaßnahmen an Schulen, das Zahlenmaterial auf's genaueste berechnet wurden.

Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, geht auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zur Frage der Vergleichbarkeit mit der Stadt Rostock ein und legt dar, dass das ermäßigte Monatsticket dort bei über 43 Euro liege. Sie dankt dem Oberbürgermeister für die dezidierte Darstellung und merkt an, dass sie sich diese vom Bürgermeister Herrn Zimmermann auch in den Ausschussberatungen gewünscht hätte.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt die Änderung des Punktes 9 des interfraktionellen Änderungsantrages DS0366/20/2 wie folgt ein:

...gilt jeweils für ein Schuljahr **inclusive der Ferien** und ist nur in Verbindung...

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Punkt 9 des interfraktionellen Änderungsantrages DS0366/20/2 wird wie folgt geändert:

....gilt jeweils für ein Schuljahr **inclusive der Ferien** und ist nur in Verbindung.....

Gemäß Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Im Punkt 9 des Änderungsantrages DS0366/20/2 wird das Datum gestrichen.

Gemäß modifiziertem interfraktionellen Änderungsantrag DS0366/20/2 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Die Umsetzung des Beschlusses des Magdeburger Stadtrates vom 17.10.2019 (Beschl.-Nr. 175-004(VII)19) zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV für Kinder und Schüler*innen mit Hauptwohnsitz in Magdeburg erfolgt zum Beginn des Schuljahres 2021/22.
2. Das „Magdeburger Schülerticket“ kann im Tarifgebiet der LHMD zur Fahrt zur Schule und auch außerhalb der Schulzeiten, an Wochenenden und in den Ferien durch die Kinder und Schüler*innen genutzt werden.
3. Alle Schüler*innen der allgemeinbildenden Schulen vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang, die ihren Wohnsitz in Magdeburg haben und eine Magdeburger Schule besuchen, haben Anspruch auf das „Magdeburger Schülerticket“. Dies gilt auch für Schüler*innen, die auf Grund einer körperlichen und/oder geistigen Behinderung im freigestellten Schülerverkehr (Schülerspezialverkehr) zur Schule befördert werden.
4. Darüber hinaus erhalten Kinder bis einschließlich 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Landeshauptstadt Magdeburg haben, über kein eigenes Einkommen verfügen und begründet keine Schule besuchen, auf Antrag beim Fachbereich Schule und Sport kostenlos das „Magdeburger Schülerticket“.
5. Für die Schüler*innen der 11. bis 13. Schuljahrgänge wird entsprechend des Stadtratsbeschlusses vom 17.10.2019 ausdrücklich keine im Schulgesetz LSA vorgesehene Eigenbeteiligung in Höhe von 100 EUR je Schuljahr beschlossen.
6. Die MVB/der Marego rechnet die Kosten für das „Magdeburger Schülerticket“ nicht mit den Schüler*innen, sondern mit der Stadt ab.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der MVB/Marego eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen, der diese Punkte zum Gegenstand hat und die Kosten für die Kommune auf Basis der Alteinnahmen enthält. Zudem soll der Vertrag eine Evaluierung der Nutzung noch in 2021 vorsehen, die Grundlage für die Erstattungen in den Folgejahren sein soll.
8. Zudem ist mit der MVB/Marego zu vereinbaren, dass die Schulen dem Verkehrsbetrieb ihre jeweils aktuellen Schülerausweise zur Verfügung stellen, auch damit die Kontrolleure der Verkehrsbetriebe dazu geschult werden können.
9. Das „Magdeburger Schülerticket“ gilt jeweils für ein Schuljahr inklusive der Ferien und ist nur in Verbindung mit einem Schülerausweis mit Passfoto gültig.

10. Der Stadtrat beschließt, die Mittel für die Einführung des „Magdeburger Schülertickets“ gemäß der Seite 3 ff. – „Finanzielle Auswirkungen“ in den Haushalt 2021 einzustellen. Die Finanzierung für das Haushaltsjahr 2021 beträgt 2.608.200 EUR.

Mit der Beschlussfassung zum interfraktionellen Änderungsantrag DS0366/20/2 hat sich eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0366/20/1 des Ausschusses FG **erübrigt**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 651-024(VII)20

1. Die Umsetzung des Beschlusses des Magdeburger Stadtrates vom 17.10.2019 (Beschl.-Nr. 175-004(VII)19) zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV für Kinder und Schüler*innen mit Hauptwohnsitz in Magdeburg erfolgt zum Beginn des Schuljahres 2021/22.
2. Das „Magdeburger Schülerticket“ kann im Tarifgebiet der LHMD zur Fahrt zur Schule und auch außerhalb der Schulzeiten, an Wochenenden und in den Ferien durch die Kinder und Schüler*innen genutzt werden.
3. Alle Schüler*innen der allgemeinbildenden Schulen vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang, die ihren Wohnsitz in Magdeburg haben und eine Magdeburger Schule besuchen, haben Anspruch auf das „Magdeburger Schülerticket“. Dies gilt auch für Schüler*innen, die auf Grund einer körperlichen und/oder geistigen Behinderung im freigestellten Schülerverkehr (Schülerspezialverkehr) zur Schule befördert werden.
4. Darüber hinaus erhalten Kinder bis einschließlich 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Landeshauptstadt Magdeburg haben, über kein eigenes Einkommen verfügen und begründet keine Schule besuchen, auf Antrag beim Fachbereich Schule und Sport kostenlos das „Magdeburger Schülerticket“.
5. Für die Schüler*innen der 11. bis 13. Schuljahrgänge wird entsprechend des Stadtratsbeschlusses vom 17.10.2019 ausdrücklich keine im Schulgesetz LSA vorgesehene Eigenbeteiligung in Höhe von 100 EUR je Schuljahr beschlossen.
6. Die MVB/der Marego rechnet die Kosten für das „Magdeburger Schülerticket“ nicht mit den Schüler*innen, sondern mit der Stadt ab.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der MVB/Marego eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen, der diese Punkte zum Gegenstand hat und die Kosten für die Kommune auf Basis der Alteinnahmen enthält. Zudem soll der Vertrag eine Evaluierung der Nutzung noch in 2021 vorsehen, die Grundlage für die Erstattungen in den Folgejahren sein soll.
8. Zudem ist mit der MVB/Marego zu vereinbaren, dass die Schulen dem Verkehrsbetrieb ihre jeweils aktuellen Schülerschulweise zur Verfügung stellen, auch damit die Kontrolleure der Verkehrsbetriebe dazu geschult werden können.
9. Das „Magdeburger Schülerticket“ gilt jeweils für ein Schuljahr inklusive der Ferien und ist nur in Verbindung mit einem Schülerschulweise mit Passfoto gültig.

10. Der Stadtrat beschließt, die Mittel für die Einführung des „Magdeburger Schülertickets“ gemäß der Seite 3 ff. – „Finanzielle Auswirkungen“ in den Haushalt 2021 einzustellen. Die Finanzierung für das Haushaltsjahr 2021 beträgt 2.608.200 EUR.

5.23. Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen DS0411/20

BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport
WV v. 05.11.2020

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung zu den Punkten 1, 4 und 5 in geänderter Form. Zu den Punkten 2, 6 – 8 empfiehlt er die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung der Punkte 1, 3 und 5 in geänderter Form. Zu den Punkten 2, 6 - 8 empfiehlt er die Beschlussfassung. Zum Punkt 4 empfiehlt er die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung zu den Punkten 1, 6 – 8. Zu den Punkten 2 – 4 empfiehlt er die Beschlussfassung nicht. Zum Punkt 5 empfiehlt er die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung zum Punkt 1 in geänderter Form. Zu den Punkten 2, 5 – 8 empfiehlt er die Beschlussfassung. Zu den Punkten 3 + 4 empfiehlt er die Beschlussfassung nicht.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0411/20/2 des Ausschusses BSS
- Änderungsantrag DS0411/20/3 des Oberbürgermeisters
- Änderungsanträge DS0411/20/3/1 und DS0411/20/5/1 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsanträge DS0411/20/4 und DS0411/20/5 des Ausschusses FG
- Änderungsantrag DS0411/20/6 der Fraktion AfD
- Änderungsanträge DS0411/20/7, DS0411/20/9 und DS0411/20/10 der CDU-Ratsfraktion
- Änderungsantrag DS0411/20/8 der Ausschüsse BSS und StBV

Die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz bringt die Drucksache umfassend ein und verweist auf die bereits umfänglich gefassten Beschlüsse des Stadtrates zur vorgezogenen Schulentwicklungsplanung (SEPL).

Sie macht deutlich, dass für eine solide Schulentwicklungsplanung Zahlen, Daten und Fakten die notwendige Grundlage bilden. Diese wurden im Sommer dieses Jahres aktualisiert und mit Schülerzahlen und Prognosen fortgeschrieben. Dabei wurden insbesondere für den ostelbischen Bereich Zuzüge aus Bauvorhaben hinzugerechnet. Sie merkt an, dass es einen akuten Handlungsbedarf im gesamtstädtischen Bereich der weiterführenden Schulen gibt, aber der ostelbische Grundschulbereich ausreichend sei. Frau Stieler-Hinz hält fest, dass die vorliegende Drucksache die aktuellen Entwicklungen umfänglich darstellt und eine Entscheidungsgrundlage bildet. Sie erläutert im Weiteren die Vorteile eines Schulneubaus rund um den Universitätsplatz und verweist in diesem Zusammenhang auf die neue Verordnung zur Schulentwicklungsplanung 2022 des Landes und dessen Auswirkung auf die Stadt. In ihren

weiteren Ausführungen geht Frau Stieler-Hinz erläuternd auf die Frage der Zügigkeiten bei den Schulen ein und bittet abschließend um Zustimmung zur Drucksache.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Hausmann bringt für den Bildung betreffenden Teil den Änderungsantrag DS0411/20/8 der Ausschüsse BSS und StBV ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage bringt für den baulichen Teil den Änderungsantrages DS0411/20/8 ein. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die umfänglichen Beratungen des Ausschusses zu den Standortfragen und auf die Information I0266/20. Er geht anhand von Bildmaterial auf die Vorratsituation im Stadtpark und im Weiteren auf die Frage der ÖPNV-Anbindungen zu den einzelnen Standorten sowie der Hochwasserproblematik ein. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0411/20/8.

Stadtrat Heynemann, CDU-Ratsfraktion, geht auf die Genese der Thematik ein und zeigt sich in diesem Zusammenhang erfreut über das Statement des Oberbürgermeisters in der Sendung Sachsen-Anhalt heute in dieser Frage. Er geht im Weiteren auf die Prognose der Schülerzahlen ein und erklärt im Namen seiner Fraktion, dass sie dem Punkt 1 der Drucksache nicht zustimmen werden. Er bringt den Änderungsantrag DS0411/20/10 ein.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/TSP, erklärt, dass sie die Aussage, dass es keinen Bedarf für Grundschulen gibt, mit Skepsis betrachte. Sie übt Kritik am vorgeschlagenen Standort der Verwaltung und erklärt, dass dies in den Ausschüssen nicht kommuniziert wurde. Sie betont, dass sie sich für die Zukunft von der Verwaltung ein einstimmiges Votum wünscht, um das abhandengekommene Vertrauen wieder herzustellen. Abschließend signalisiert Stadträtin Schumann, dass ihre Fraktion der Drucksache nicht zustimmen und sich zum Kompromissvorschlag bekennen wird.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, geht auf den Änderungsantrag DS0411/20/10 ein und erläutert die Intention. Er gibt den Hinweis, dass der Standort „Gübser Weg“ im Vorfeld geprüft wurde und bittet um Zustimmung. Stadtrat Rupsch beantragt die namentliche Abstimmung zum Punkt 1 des Änderungsantrages DS0411/20/8.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander verweist auf die Beschlusslage des Stadtrates, dass im Stadtpark keine Bebauung stattfinden soll.

Bezug nehmend auf in der bisherigen Diskussion vorgetragene Aspekte äußert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, klarstellende Ausführungen zu einigen sachlich völlig falsch dargestellten Sachverhalten machen zu wollen.

Zunächst bezeichnet er die vorliegende Beschlussvorlage DS0411/20 als perfekt und begründet dies mit der unter Hinzuziehung des Amtes für Statistik erfolgten genauen Analyse und Erläuterung des dargestellten Zahlenmaterials. Er äußert kritisch, dass der Verwaltung keine Chance gelassen wird, ihre Auffassung zu vertreten, wenn diesem Material kein Glauben geschenkt wird.

Eingehend auf den Vortrag der Fachbereichsleiterin für Schule und Sport Frau Richter in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport am 18. 11. 2020 legt er seine Auffassung dar, dass dieser alle Fakten enthält, um eine richtige Entscheidung treffen zu können. So könne dem Vortrag entnommen werden, dass die derzeitige Grundschulentwicklung in Magdeburg bei 22 Schülern pro Klasse, für die nächsten Jahre ausreichend ist. Er merkt an, dass nach seiner Auffassung, die Anzahl von 22 Schülern pro Klasse bei dem bestehenden Lehrermangel und

den steigenden Schülerzahlen, seitens des Landes nicht mehr lange akzeptiert und wahrscheinlich auch nicht mehr lange als Planungsgrundlage haltbar sein wird. Als Planungsgrundlage für Magdeburg wird die Anzahl jedoch als ausreichend angesehen. Begründend verweist er auf die im April 2020 durch den Stadtrat beschlossene DS0062/20 – Satzung über die Schulbezirke der kommunalen Grundschulen – in der die durchschnittliche Schülerzahl mit 20,9 festgestellt wurde. Somit bestehe im Grundschulbereich, speziell auch in Ostelbien, kein Mangel an Schülern. Vor diesem Hintergrund erschließe sich ihm nicht, dass im ostelbischen Bereich fünf weitere Klassen errichtet werden sollen.

Im Weiteren geht der Oberbürgermeister anhand der auf Seite 15 der Drucksache tabellarisch dargestellte aktuellen Aufteilung der Schüler in Magdeburg ein und legt dar, dass insgesamt 51,3 % der Schüler Gymnasien der Stadt sowie freie Gymnasien besuchen. Er sieht es als unrealistisch an, dass weitere Schulen mit Abiturstufen in Magdeburg gebraucht werden. Gebraucht werden gute Sekundarschulen bzw. Gemeinschaftsschulen, deren schulische Ausbildung zu einer perfekten Ausbildung auf dem Ausbildungsmarkt führt.

Bezug nehmend auf weitere Darstellungen der Tabelle macht er darauf aufmerksam, dass sich die Anzahl an Fünftklässlern derzeit zwar erhöht, aber sich in den kommenden Jahren wieder verringern wird. Wenn diese Zahlen als Basis genommen werden, werde im Jahr 2030 der Bedarf bei einer zusätzlichen Schule mit maximal vier oder fünf Klassen liegen. Ihm erschließe sich nicht, dass zwei Schulen mit fünf bis sieben Klassen gebaut werden sollen, da diese Anzahl an Schülern mit den in Magdeburg vorhandenen Schulen abgedeckt werden kann. Er benennt Beispiele für Standorte, an denen für einige Jahre eine zusätzliche Beschulung erfolgen kann, ohne dass ein Neubau errichtet werden muss. Insbesondere verweist er auf die erforderliche Finanzierbarkeit der Schulneubauten sowie der entsprechenden Lehrerstellen und legt seine Auffassung dar, dass auf der Basis der vorliegenden Zahlen definitiv hierfür keine haushaltstechnische Begründung gegeben werden kann.

Eingehend auf den vorgeschlagenen Standort „Am Winterhafen“ macht der Oberbürgermeister anhand von Bildmaterial und mit Verweis auf die in der Nähe des Standortes stattfindende Brückenbaumaßnahme auf Schwierigkeiten bei einem Schulneubau an diesem Standort auf Grund erforderlicher Hochwasserschutzmaßnahmen aufmerksam.

Im Weiteren verweist er auf die vor zehn Jahren erfolgte Sanierung der Thomas-Mann-Schule als PPP-Projekt, für die noch weitere zehn Jahre finanzielle Mittel aufgebracht werden müssen. Kritisch äußert er sich zu dem Vorschlag, die Sekundarschule mit ihren Fachkabinetten zu einer Grundschule machen zu wollen, und zwar auch unter dem Aspekt, dass diese Grundschule nicht gebraucht wird.

Herr Dr. Trümper nimmt Bezug auf die Kostenfrage für einen Schulneubau „Am Winterhafen“ und informiert über die Kostenberechnung für die Grundschule W.-Kobelt-Straße. Er legt dar, dass für diese vierzügige Schule Kosten in Höhe von 20 Mio Euro erbracht werden müssen und schätzt ein, dass für eine siebenzügige Schule „Am Winterhafen“ inklusive Fachkabinette, teurer Gründung und Abtragung von Altlasten Kosten in Höhe von 80 Mio Euro aufgebracht werden müssen. Er legt seine Auffassung dar, dass, da der Bedarf und die Notwendigkeit für diese Maßnahme an der Stelle nicht nachgewiesen werden kann, somit auch keine Fördermittel bereitgestellt werden.

Abschließend nimmt der Oberbürgermeister Bezug auf die Behandlung der DS0460/19 – Einleitung Satzungsverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Rotehorn, südlich der Kanonenbahn – im Stadtrat am 14. 05. 2020 und zitiert die protokollierte Aussage des Stadtrates Canehl, Fraktion GRÜNE/future!, hinsichtlich einer noch bestehenden Hochwasserproblematik in diesem Bereich und der hier ökologisch nicht hinnehmbaren Bauabsichten sowie die Bitte des Stadtrates Liebau, Fraktion GRÜNE/future!, um Zusage, im Bereich südlich Kanonenbahn keine Bebauung mehr zuzulassen.

Herr Dr. Trümper kritisiert, dass die zu dieser Maßnahme geäußerte ablehnende Haltung jetzt im Fall des Schulstandortes nicht mehr zählt und eine Bebauung in einem Hochwassergebiet befürwortet wird.

Insbesondere verweist er auf seine Absicht, hier nur Fakten vorzutragen, damit dem Stadtrat alle Informationen der Verwaltung vorliegen, auf deren Basis er seine Entscheidung treffen kann.

Der Oberbürgermeister verdeutlicht nochmals, dass die Stadt nur eine neue Schule benötigt und eine erhöhte Schüleranzahl mit den vorhandenen Schulen gedeckt werden kann. Er legt seine Auffassung dar, dass diese Schule in der Innenstadt errichtet werden sollte, und begründet dies mit einer guten verkehrlichen Anbindung. Herr Dr. Trümper stellt klar, um welche städtische Fläche in der Innenstadt es sich dabei handelt und merkt an, dass zu dieser Fläche sogar noch Erweiterungsoptionen bestehen. Mit dem Hinweis, dass dieser Standort als richtig angesehen wird, und alle benannten Probleme gelöst werden können, bittet er um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache ohne Änderungen.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, nimmt zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters Stellung. Er erinnert dabei an die Kita-Krise im Jahr 2008 und der anschließenden Grundschulkrise in den Jahren 2013 – 2015 und merkt an, dass daraus schlussfolgernd der Bedarf an weiterführende Schulen erkennbar hätte sein müssen. Er erklärt, dass durch die nicht korrekten Angaben der Schülerzahlen in der Vergangenheit ein Vertrauensverlust entstanden sei. Stadtrat Hempel bekräftigt die Aussage des Oberbürgermeisters, dass der Standort Winterhafen nicht geeignet sei und signalisiert hierzu die Ablehnung durch seine Fraktion. Er erklärt im weiteren, dass der Standort „Gübser Weg“ ebenfalls unrealistisch sei und regt an darüber nachzudenken, Grundstücke an der B1 zu suchen.

Stadtrat Schuster, Mitglied im Ausschuss StBV, erklärt, dass er bei der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse BSS und StBV nicht beim Änderungsantrag DS0411/20/8 abgestimmt hat. Er übt Kritik am Verhalten der beiden Vorsitzenden in der Sitzung, Wortbeiträge zu kommentieren. Er erläutert nochmals die Zielstellung des Änderungsantrages DS0411/20/10 und bringt dabei seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Mehrheit des Stadtrates nicht für den Standort „Am Winterhafen“, auch im Hinblick auf den Baustellenverkehr stimmen wird. Stadtrat Schuster merkt an, dass bei einer Stadtratsentscheidung zum Standort Winterhafen seine Fraktion die Frage beantwortet haben möchte, was dann mit dem restlichen Grund und Boden passiert. Er teilt abschließend mit, dass aus seiner Sicht die vom Oberbürgermeister genannten Grundstücke im Zentrum der Stadt die geeignetesten wären.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future! unterstützt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag DS0411/20/8. Er führt aus, dass aus seiner Sicht das wesentliche Problem die weiterführenden Schulen seien und begrüßt den geplanten Neubau. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine Aussage der FBL 40 Frau Richter im Ausschuss BSS, dass die Stadt eine 10zügige Schule bräuchte. Stadtrat Canehl fragt in diesem Zusammenhang nach, was die Stadt mit dem erworbenen Grundstück der OVD vorhabe. Er spricht sich im Namen seiner Fraktion klar gegen den Bau einer Schule an der Walter-Rathenau-Straße aus.

In seinen Ausführungen geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die Frage ein, welchen Hintergrund die Aufnahme einer ostelbischen Grundschule in eine entsprechende Drucksache in den Jahren 2017/18 hatte und informiert über den zeitlichen Ablauf und inhaltlichen Diskussionen der Drucksache bis zur Beschlussfassung im Stadtrat im März 2018.

Im Weiteren macht Herr Dr. Trümper auf noch zwei zu beachtende Fakten aufmerksam. So legt er dar, dass seitens des Amtes für Statistik nach sauberer Analyse entsprechendes Zahlenmaterial vorgelegt wurde, welches ihm bis April noch nicht bekannt war.

Als zweiten Fakt benennt er, dass in der Diskussion nicht mehr darauf eingegangen wurde, dass 2015 ein 20 %iger Zuwachs an Schülern an einer Gemeinschaftsschule zu verzeichnen war. Herr Dr. Trümper merkt an, dass ohne diesen Zuwachs die Schulbau- bzw. Schulsanierungsmaßnahmen abgeschlossen gewesen wären. Er verweist darauf, dass aktuell in einem Umfang von 100 Mio Euro Schulen neu gebaut und saniert wurden und werden.

Eingehend auf die Darstellung eines Spitzenwertes an Schülerzahlen in den kommenden Jahren bekräftigt er seine Auffassung, dass dieser nur einmalig überdeckt werden muss. Diese Überdeckung könne mit Interimsmaßnahmen abgefangen werden, welche in Anlage 1 der Drucksache dargestellt sind. Insbesondere verweist er darauf, dass dafür keine dauerhafte 10zügigkeit an Schulen erforderlich ist. Klarstellend macht er darauf aufmerksam, dass, wenn eine so große Schule bis 2025 errichtet wird, diese erst in 10 Jahren ihre volle Auslastung erreicht hat. Aus diesem Grund erfolgte der Vorschlag, unter Beachtung des finanziellen Aufwandes, eines Schulneubaus in der Innenstadt am Universitätsplatz. Mit dem Hinweis auf die derzeit noch schlechte IT-Situationen an Magdeburgs Schulen sieht er eine Chance, mit diesem Schulbau eine Spezialschule zu errichten, die in Kooperation mit der Universität auf die Thematik Digitalisierung setzt. Im Weiteren macht er Ausführungen zum flächenmäßigen Umfang des Standortes für diese Schule und verweist auf die ideale verkehrliche Anbindung in diesem Bereich.

Herr Dr. Trümper betont, dass für den Standort am Winterhafen definitiv ein B-Plan gebraucht wird. Eingehend auf die Frage des Stadtrates Canehl, was mit der restlichen Fläche gemacht wird, legt er dar, dass die einzig vernünftige Lösung wäre, diese aufzuforsten.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, unterstützt den Änderungsantrag DS0411/20/8 und präferiert im Namen seiner Fraktion den Standort „Am Winterhafen“ für den Schulneubau.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler macht deutlich, dass man für diesen Bereich eine vernünftige Lösung braucht und geht im Weiteren auf die Frage der hochwassersicheren Schulen in der Stadt ein. Er betont, dass im ostelbischen Bereich dringend eine Schule benötigt wird und plädiert dafür, dem Änderungsantrag DS0411/20/8 zuzustimmen.

Eingehend auf die Argumentation des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler erinnert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an dessen Aussagen, dass das Weglosten von Schülern aus Ostelbien über die Brücke unzumutbar wäre und kann dessen jetzige Haltung nicht nachvollziehen. Er bittet nochmals eingehend, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Im Anschluss unterbreitet der Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann einen Vorschlag zum Abstimmungsverfahren, dem vom Stadtrat gefolgt wird.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, beantragt, den Punkt 2 des Änderungsantrages DS0411/20/8 zuerst abstimmen zu lassen.

Dem Antrag wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen gefolgt.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion stellt Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, klar, dass es sich bei dem Änderungsantrag DS0411/20/8 um einen Kompromissvorschlag handelt. Er bringt einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag DS0411/20/9 ein.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke erklärt für ihre Fraktion, dass sie es sich mit der Entscheidung nicht einfach gemacht hat. Sie signalisiert die Zustimmung zum Änderungsantrag DS0411/20/8 als Kompromiss und Zustimmung zum Änderungsantrag DS0411/20/9.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/TSP, zeigt sich irritiert, dass die von der Verwaltung vorgetragenen Zahlen und Fakten in den Ausschüssen BSS und StBV heute vom Oberbürgermeister als nicht zutreffend bezeichnet werden.

Eingehend auf die gemachten Ausführungen der Stadträtin Schumann weist Herr Dr. Trümper dies entschieden zurück.

Klarstellend verweist er auf seine getroffene Aussage hinsichtlich der Information der Leiterin des Fachbereiches Schule und Sport, dass die für das Spitzenjahr 2027 genannte Zahl durch die Schülerzahl einer Klasse geteilt werden kann, jedoch nicht auf Dauer. Er verweist wiederholt auf die Darstellungen in der Anlage 1 der Drucksache. Herr Dr. Trümper bekräftigt, niemals die Aussage getroffen zu haben, dass auf Dauer 10 zügige Klassen gebraucht werden.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander ist verwundert über die vorgetragenen Argumente von Vertretern der Fraktion GRÜNE/future! und der Fraktion AfD und plädiert dafür, der vorliegenden Drucksache unverändert zuzustimmen.

Stadträtin Jäger, Fraktion DIE LINKE, nimmt zu Fragen des Lehrermangels bei der Planung, der Finanzierung und der Kosten der Sanierung der Thomas-Mann-Schule Stellung. Bei dem Standort „Am Winterhafen“ sieht Stadträtin Jäger ein großes Problem bezüglich der Hochwasserproblematik und der ÖPNV-Anbindung. Sie erklärt, dass aus ihrer Sicht der Standort „Am Heumarkt“ der geeignetste gewesen wäre, dieser aber keine Mehrheit im Stadtrat fand.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, hält es aufgrund der Größe von Ostelbien für unzumutbar, dass die Kinder den Weg bis zum Universitätsplatz auf sich nehmen. Er plädiert für die Annahme des Änderungsantrages DS0411/20/8.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke stellt klar, dass es immer Aussage seiner Fraktion war, dass es eine schnell umzusetzende Lösung geben muss. Er erläutert im Weiteren den Hintergrund des Änderungsantrages DS0411/20/10.

Im Rahmen der weiteren Diskussion fragt Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE, nach, wie weit der Bau des Parkplatzes am Gübser Weg sei, was der Rückbau kosten würde und welche Auswirkungen die Parksituation auf die Schule an diesem Standort hätte.

In seinen Ausführungen nimmt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper Bezug auf eine am 18. 08. 2020 mit der Beigeordneten Frau Stieler-Hinz durchgeführten Pressekonferenz zur Vorstellung der Schulplanung. Er führt aus, dass in der folgenden Presseveröffentlichung über den Vorschlag zum Schulneubau am Universitätsplatz berichtet wurde. Auf Nachfrage der Volksstimme habe er dargelegt, dass es sich nicht um das GETEC-Areal sondern um städtische Flächen handelt. Nach persönlicher Inaugenscheinnahme des Standortes und nach seiner Anfrage bei dem Bürgermeister Herr Zimmermann, wurde ihm die Information gegeben, dass die gegenüberliegende Fläche der SWM gehört. Er merkt an, dass damit eine größere Option besteht, beide Teile der Straße an der Straßenbahnhaltestelle zu nutzen.

Herr Dr. Trümper stellt abschließend klar, dass er in den vergangenen 20 Jahren im Stadtrat nie gelogen habe und weist die Aussage, er würde nicht die Wahrheit sagen, strikt zurück.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann teilt mit, dass die CDU-Ratsfraktion den Änderungsantrag DS0411/20/7 zurückgezogen hat.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag DS0411/20/10 der CDU-Ratsfraktion –

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Der Stadtrat beschließt einen Schulneubau für eine bis zu 7-zügige Gemeinschaftsschule im Bereich Gübser Weg (siehe Anlage), einschließlich einer 3-Feld-Sporthalle, für den Umzug und die Erweiterung der Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“ bis spätestens zum Schuljahr 2024/2025. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich mit den Planungen zu beginnen. Der aktuelle B-Plan „Stadion“ wird geändert. –

wird **abgelehnt**.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE erfolgt die punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag DS0411/20/8.

Gemäß Punkt 2 der Änderungsantrages DS0411/20/8 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusspunkt 2 wird wie folgt geändert:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, darüber hinaus zu prüfen, wo ein zweiter Schulneubau für eine bis zu 6-zügige weiterführende Schule errichtet werden kann und das Ergebnis der Prüfung inklusive der Empfehlung geeigneter innenstadtnaher Grundstücke dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.

Zum Punkt 1 des Änderungsantrages DS0411/20/8 erfolgt auf Antrag der CDU-Ratsfraktion die namentliche Abstimmung. **(Anlage 1)**

Der Stadtrat **beschließt** mit 34 Ja-, 19 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Beschlusspunkt 1 wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat beschließt einen Schulneubau im Bereich des aktuell noch als Bauhof genutzten Grundstücks am Winterhafen, einschließlich einer 3-Feld-Sporthalle, für den Umzug und die Erweiterung der Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“ spätestens zum Schuljahr 2024/25 als bis zu 7-zügige Gemeinschaftsschule. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich mit den Planungen zu beginnen und den Umzug des Bauhofes wie geplant bis Ende 2021 abzuschließen.

Gemäß Punkt 3 des Änderungsantrages DS0411/20/8 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Beschlusspunkt 3 wird wie folgt geändert:

3. Ein Grundschulneubau in Ostelbien wird nicht weiterverfolgt. Stattdessen soll die Grundschule „Am Elbdamm“ am Schulstandort Cracauer Str. 8 – 10 nach Auszug der Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“ erweitert werden.

Gemäß Punkt 4 des Änderungsantrages DS0411/20/8 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusspunkt 4 wird wie folgt geändert:

4. Der Schulstandort Gneisenauring wird nach der Nutzung als Ausweichquartier für die Grundschulen „Diesdorf“ und „Fliederhof“ für die vorübergehende Nutzung zum Schuljahr 2023/24 vorgesehen, um bis zur Fertigstellung der Schulneubauten Engpässe in der räumlichen Versorgung im weiterführenden Bereich abzufedern.

Gemäß Änderungsantrag DS0411/20/8 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Beschlusspunkte 5 – 9 bleiben unverändert.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0411/20/8 hat sich eine Beschlussfassung zu den Änderungsanträgen DS0411/20/6, DS0411/20/3/1, DS0411/20/3, DS0411/20/5, DS0411/20/5/1 und DS0411/20/4 **erübrigt**.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future! stellt den Antrag, im Änderungsantrag DS0411/20/9 im Beschlusstext das Wort „soll“ durch das Wort „wird“ zu ersetzen.

Das Abstimmungsergebnis zum Antrag von Stadtrates Canehl (mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**) wird von Stadtrat Canehl angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Im Änderungsantrag DS0411/20/9 wird das Wort „soll“ durch das Wort „ist“ ersetzt.

Gemäß Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages des Stadtrates Canehl mit 28 Ja-, 23 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Beschlusstext des Änderungsantrages DS0411/20/9 wird wie folgt formuliert und ergänzt den Beschlussvorschlag:

Für das Gelände „Am Winterhafen/Bauhof wird parallel zur Planung der Schule ein Nutzungskonzept erstellt sowie eine Vorplanung für die restlichen 54.000 m² entworfen werden.

Gemäß Änderungsantrag DS0411/20/2 des Ausschusses BSS empfiehlt der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Punkt 5 der Drucksache ist wie folgt zu ändern:

Der Schulstandort „Schilfbreite“ wird nach erfolgter Auslagerung der GmS „Goethe“ (voraussichtlich bis 2022) zur Absicherung der in den kommenden Jahren perspektivisch zu erwartenden Kapazitätsspitzen im Berufsschulbereich vorgesehen **und für eine dauerhafte Nutzung hergerichtet**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungen mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 652-024(VII)20

1. Der Stadtrat beschließt einen Schulneubau im Bereich des aktuell noch als Bauhof genutzten Grundstücks am Winterhafen, einschließlich einer 3-Feld-Sporthalle, für den Umzug und die Erweiterung der Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“ spätestens zum Schuljahr 2024/25 als bis zu 7-zügige Gemeinschaftsschule. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich mit den Planungen zu beginnen und den Umzug des Bauhofes wie geplant bis Ende 2021 abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, darüber hinaus zu prüfen, wo ein zweiter Schulneubau für eine bis zu 6-zügige weiterführende Schule errichtet werden kann und das Ergebnis der Prüfung inklusive der Empfehlung geeigneter innenstadtnaher Grundstücke dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.
3. Ein Grundschulneubau in Ostelbien wird nicht weiterverfolgt. Stattdessen soll die Grundschule „Am Elbdamm“ am Schulstandort Cracauer Str. 8 – 10 nach Auszug der Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“ erweitert werden.
4. Der Schulstandort Gneisenauring wird nach der Nutzung als Ausweichquartier für die Grundschulen „Diesdorf“ und „Fliederhof“ für die vorübergehende Nutzung zum Schuljahr 2023/24 vorgesehen, um bis zur Fertigstellung der Schulneubauten Engpässe in der räumlichen Versorgung im weiterführenden Bereich abzufedern.
5. Der Schulstandort „Schilfbreite“ wird nach erfolgter Auslagerung der GmS „Goethe“ (voraussichtlich bis 2022) zur Absicherung der in den kommenden Jahren perspektivisch zu erwartenden Kapazitätsspitzen im Berufsschulbereich vorgesehen und für eine dauerhafte Nutzung hergerichtet.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Land Gespräche über die Ursachen der erhöhten Zuweisungen von Schülerinnen und Schülern an Förderschulen Geistigbehindert und Ausgleichklassen zu führen. Daraus folgende Vorschläge zu Kapazitätsabsicherungen im Förderschulbereich und auch die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Erweiterung von Förderschulstandorten bzw. Neubau sind dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.
7. Verwaltung wird beauftragt, mit dem Land über Fördermöglichkeiten bzgl. Beschlusspunkt 1, Schulneubau und Sporthalle, und Beschlusspunkt 6 im Zusammenhang mit Kapazitätserweiterungen im Förderschulbereich zu verhandeln.
8. Zur Absicherung der in den kommenden Jahren zu erwartenden erhöhten Schülerzahlen im weiterführenden Schulbereich werden an den bestehenden Standorten in Abstimmung mit den Schulleitungen, je nach aktuellen Schülerzahlen und Anwahlverhalten, temporär zusätzliche Klassen gebildet, die jährlich durch den Stadtrat in der „Satzung über die Festlegung von Kapazitätsgrenzen zur Aufnahme in den 5. Schuljahrgang für das Schuljahr ...“ beschlossen werden.
9. Für das Gelände „Am Winterhafen/Bauhof wird parallel zur Planung der Schule ein Nutzungskonzept erstellt sowie eine Vorplanung für die restlichen 54.000 m² entworfen werden.

Persönliche Erklärungen

Stadtrat Kirchner, Fraktion Fraktion AfD, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 2)**

Der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadtrat Meister gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 3)**

- | | | |
|-------|--|-----------|
| 5.24. | 1. Änderungssatzung zur Satzung zum Verfahren der Aufnahme in den 5. Schuljahrgang an weiterführende kommunale Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg | DS0568/20 |
| <hr/> | | |
| | BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport | |

Die Ausschüsse KRB, Juhi und BSS empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 653-024(VII)20

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung zur Satzung zum Verfahren der Aufnahme in den 5. Schuljahrgang an weiterführende kommunale Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 5.25. | Satzung über die Festlegung von Kapazitätsgrenzen zur Aufnahme in den 5. Schuljahrgang für das Schuljahr 2021/22 an weiterführende kommunale Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg | DS0569/20 |
| <hr/> | | |
| | BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport | |

Die Ausschüsse KRB, Juhi und BSS empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 42 Ja-, 2 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 654-024(VII)20

die Satzung über die Festlegung von Kapazitätsgrenzen zur Aufnahme in den 5. Schuljahrgang für das Schuljahr 2021/22 an weiterführende kommunale Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Bürgerin 1

Carl-Miller-Bad

Ich komme stellvertretend für die Schwimmer des Carl-Miller-Bades, was ja nun 2023 voraussichtlich saniert werden soll. Wir sind also die täglichen Nutzer dieses Bades und können so ungefähr einschätzen, wie viel Leute kommen, wie viel nicht und wie die Verteilung ist. Daher ist es uns ganz wichtig und ein Anliegen, aus der Erfahrung heraus, zu sagen, wie die freie Wasserfläche für Schwimmer von 900 m², darum bitten wir, dass die genau so groß, wie sie jetzt ist, erhalten bleibt. Das wäre unser großes Anliegen. Die Leute kommen meistens nur, wenn es ganz, ganz heiß ist und dann wollen sie schwimmen und sich sonnen. Und wenn jetzt auch viele Attraktionen noch dazukommen, ist das auch gut und schön, aber wir befürchten, wenn das Bad nicht beheizt ist, ist das wirklich dann begrenzt nur genutzt, wenn es heiß ist. Und ansonsten ist das große Bad, das große Becken gefragt. Und deshalb wollen wir, dass das in dieser 900 m²-Fläche genauso, wie es ist, erhalten bleibt. Also, wir würden auch gerne nur, dass das Becken saniert wird, wenn das möglich ist. Das wäre für uns das allerwichtigste, dass das so bleibt, wie es ist, weil das so ein schönes Bad ist vom Flair und von den Bäumen und von der Struktur und dass nicht nachher viel da ist, aber die Leute doch nicht kommen, weil es eben nicht heiß genug ist.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis, dass darüber der Stadtrat entscheiden wird und die vorgetragene Bitte vom Stadtrat gehört wurde.

Bürger 2

100% Klimaschutz

Der Stadtrat hat beschlossen, dass Magdeburg bis 2035 klimaneutral wird. Um das zu erreichen, wird der Masterplan 100% Klimaschutz und das Klimaanpassungskonzept zügig umgesetzt. Gibt es einen konkreten Zeitplan und Pfad, um Klimaneutralität 2035 zu erreichen? Wenn ja, wie sieht dieser aus? Welche Institutionen oder Menschen sind für die Umsetzung welcher Maßnahmen verantwortlich und welches Budget steht ihnen dafür zur Verfügung? Wenn nicht, soll dieser Plan erstellt und finanziell im Haushalt abgebildet werden? An wen kann ich mich wenden, um die Ergebnisse des bisherigen Prozesses weitergeben?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Mit Hinweis auf das Masterplankonzept führt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz aus, dass es sowohl interne als auch externe Akteure gibt, die an diesem Vorhaben mitarbeiten und das Erreichen des 100%igen Klimaschutzes nur gemeinsam gelingt. Er betont, dass die Verwaltung daher dankbar sei für jede Initiative, die in

dieser Richtung arbeitet und damit zum Gelingen beiträgt. Herr Platz bittet den Bürger diese Frage in einem gemeinsamen Gespräch zu vertiefen.

Bürgerin 3

Verkehrsberuhigung der Pfälzer Straße (Maßnahme 34, VEP2030+)

An der Stelle Pfälzer Straße bietet sich die Förderung des Fuß- und Radeverkehrs besonders an und die Verkehrsberuhigung der Pfälzer Straße ist mit der Maßnahme 34 des Verkehrsentwicklungsplans VEP 2030plus bereits Teil der Verkehrsplanung der Stadt Magdeburg. Der Stadtrat hat den Oberbürgermeister mit Stadtratsbeschluss 477-014(VII)20 vom 16.04.2020 mit der Vorplanung für die Pfälzer Straße und der Umsetzung der Maßnahme in 2021 beauftragt. Dabei soll nach Stellungnahme S0017/20 ein ganzheitlicher Ansatz gewählt werden und beispielsweise auch der barrierefreie Umbau der Haltestelle „Universitätsbibliothek“ berücksichtigt werden. Aus der Information I0207/20 vom 29.06.2020 geht nun hervor, dass laut dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann aufgrund begrenzter Planungsmittel eine kurzfristige Planung für die Gesamtmaßnahme in 2020/21 nicht erfolgen könne. Er mit Verfügbarkeit der Planungsmittel könne eine Vorplanung beginnen.

Wie wird der o.g. Stadtratsbeschluss in Zukunft umgesetzt? Für wann ist die weitere Planung der Gesamtmaßnahme vorgesehen? In wessen Verantwortungsbereich liegt die weitere Planung? Wer entscheidet über die konkreten Baumaßnahmen und Neuregelungen für die Pfälzer Straße?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Herr Dr. Scheidemann teilt mit, dass die Zuständigkeit beim Baudezernat liegt und die Umsetzung nicht allein an den Finanzierungsmitteln liegt.

Er erklärt, dass die Stadt im Augenblick die B 1 als einzige zentrale Trasse hat, die die Stadt in der Ost-West-Richtung durchquert. D.h., dass derzeit aufgrund des Baus der Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee geprüft werden muss, wie die Entlastungsmöglichkeiten und die Feierabendverkehre zu den Stoßzeiten sind. Er macht deutlich, dass eine Realisierung erst nach Beendigung der Baumaßnahme Eisenbahnüberführung realistisch ist.

Nachfrage der Bürgerin:

Wer entscheidet dann letzten Endes darüber, welche baulichen Maßnahmen dort vorgenommen werden?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann:

Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass bei einer Investitionsmaßnahme der Stadtrat entscheiden wird.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Bürgerin 4

Die Frage bezieht sich nicht auf den heutigen Antrag, sondern vor allem auf den Antrag zum sicheren Hafen von 2019. Lt. Information der Stadt sind mit Stand Dezember 2019 500 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften und in dezentraler Unterbringung für Geflüchtete frei. Wie viele Kapazitäten sind Stand Dezember 2020 frei? Wie viele davon in dezentraler Unterbringung und wie viele in Gemeinschaftsunterkünften?

Ich bitte sowohl um eine mündliche als auch schriftliche Antwort.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper informiert, dass die Stadtverwaltung jedes Jahr nach dem 31.12. einen Bericht über den aktuellen Stand seit 2015, wie viel Menschen sind gekommen, wie viel sind hier, wie viel sind in Arbeit, wie viel sind in der Schule – anfertigt. Er merkt an, dass der nächste Bericht ungefähr im März 2021 vorliegen wird.

Nachfrage der Bürgerin

Inwiefern hat die Verwaltung das umgesetzt, was im November 2019 mit der Annahme des Antrags sicherer Hafen 2019 beschlossen wurde und zwar die Aufnahme von mehr Menschen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper teilt mit, dass der Antrag von der Verwaltung komplett umgesetzt wurde und die Antwort des Ministeriums war, dass nur die aufgenommen werden, die der Stadt zugewiesen wurden. Entsprechend der Quote werden die restlichen Flüchtlinge auf die Kreise verteilt. Er stellt klar, dass eine Kommune nicht selbständig Flüchtlinge aufnehmen kann, es sich hierbei um Bundesrecht und nicht um Kommunalrecht handele.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Die unter TOP 8.1 – TOP 8.24 vorliegenden Anfragen werden schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

9. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

9.1. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gem. § 65 Abs. 4 KVG I0330/20
LSA

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Informationsvorlagen

Die unter dem TOP 10.1 – 10.12 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Michael Hoffmann
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Prof. Dr. Pott
1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates

Anlage 1 – namentliche Abstimmung zum Punkt 1 des Änderungsantrages DS0411/20/8 –
TOP 5.23

Anlage 2 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Kirchner, Fraktion AfD

Anlage 3 - Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE/future! Stadtrat
Meister

Anwesend:

Vorsitzende/r

Michael Hoffmann

Mitglieder des Gremiums

Prof.Dr. Alexander Pott

Norman Belas

Matthias Borowiak

Matthias Boxhorn

Julia Brandt

Stephan Bublitz

Jürgen Canehl

Aila Fassl

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Christian Hausmann

René Hempel

Bernd Heynemann

Dr. Lydia Hüskens

Anke Jäger

Dennis Jannack

Oliver Kirchner

Matthias Kleiser

Hagen Kohl

Oliver Köhn

Karsten Köpp

Ronny Kumpf

Urs Liebau

Madeleine Linke

Burkhard Lischka

Julia Mayer-Buch

Olaf Meister

Christian Mertens

Hans-Joachim Mewes

Steffi Meyer

Dr. Jan Moldenhauer

Burkhard Moll

Oliver Müller

Kathrin Natho

Stephan Papenbreer

Frank Pasemann

Tim Rohne

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Chris Scheunchen

Robby Schmidt

Evelin Schulz

Andreas Schumann

Carola Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Mirko Stage

Reinhard Stern

Barbara Jutta Tietge

Dr. Lutz Trümper

Dr. Thomas Wiebe
Roland Zander
Dr. Niko Zenker
Geschäftsführung
Silke Luther

Abwesend - entschuldigt
Julia Bohlander
Nadja Lösch
Jenny Schulz